



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 133.

Freitag den 9. Juni

1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M.

Heute erscheint der 27. 28. 29. Bogen des 1. Abonnements: Berlin Bogen 17. 18. Frankfurt Bogen 11.

Mit dem 30. Bogen ist das 1. Abonnement beendet. Auf das 2. Abonnement (Bogen 31 bis 60) beliebe man baldigst bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 45 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Die rechte und linke Seite. 2) Correspondenz aus Breslau, aus dem Gebirge.

K. Breslau, 7. Juni.

Seit der Vorlage des Verfassungs-Entwurfes hat sich über das Wort „Vereinbarung“ ein Streit erhoben, welcher noch nicht beendet ist und wie es scheint, als Prinzipiensache betrachtet wird. Die Anregung dazu ist von einigen demokratischen Vereinen ausgegangen, welche in der Vorlage überhaupt irgend eines Verfassungs-Entwurfes an die National-Versammlung eine Verletzung der Volksouveränität und eine Schmälerung der Rechte der Versammlung als einer konstituierenden erblicken. Wir befinden uns diesmal in der eigenthümlichen Lage, daß wir mit dem Grundsatz, gegen dessen Verletzung protestirt wird, vollkommen einverstanden sind, dagegen die gezogene Konsequenz nicht begreifen und die Verletzung des Grundsatzes nicht herausfinden. Haben wir also auch voraussichtlich auf wenig Zustimmung zu hoffen, so können wir eine kurze Entwicklung unserer Ansicht doch nicht unterlassen, schon um von den künftigen Erörterungen jede Unklarheit und jede Zweideutigkeit fern zu halten.

Wir erkennen es vollkommen an, daß jedes Volk das unüberäußerliche Recht besitzt, aus seinem Bewußtsein heraus und seiner Natur gemäß sich zu entwickeln, sein Staatsleben seinem auf diesem Bewußtsein beruhenden Willen gemäß zu gestalten und folglich nur nach selbstgewählten und gebilligten Formen sich regieren zu lassen. Wir erkennen durchaus Niemandem die Berechtigung zu, ein Volk wider seinen Willen in eine seiner Natur und seinem Bewußtsein zuwiderlaufende Richtung zu drängen, es in Formen zu zwingen, welche es nicht haben will und es zu regieren aus eigenem Rechte, gleichsam als wäre das Volk ein Eigenthumsobject und es könnte irgend ein Einzelner das Recht erkaufen, über dasselbe nach Belieben zu verfügen. Wir erkennen mit einem Worte, um einen vielfach fälschlich geduldeten Ausdruck zu gebrauchen, die Souveränität des Volkswillens an.

Die Frage wäre nun die, ob sich diese Souveränität, d. h. diese oberste Berechtigung des Volkswillens, mit einer Vereinbarung mit der Krone vertrage. Wir glauben diese Frage schon im Allgemeinen und theoretisch bejahen zu müssen, wollen aber, da es sich hier speziell um die Befugnisse der preussischen Nationalversammlung handelt, einstweilen nur die praktische Sachlage betrachten.

Von Rechtswegen ist der Volkswille nach unserer Auffassung immer souverän, d. h. es können ihm niemals weder Regierungsformen noch Gesetze verbindlich aufgezwungen werden. Aber nicht immer übt das Volk diese seine Souveränität. Erst wenn es auf einer gewissen Stufe der Kultur angelangt, sich seines Willens bewußt wird, und mit solcher Kraft bewußt wird, daß es auch ohne äußere Formen in seiner Einheit sich fühlen lernt, erlangt es die Kraft, seinen Willen auch zur Geltung zu bringen. So hat auch das preussische Volk bis zu den Märztagen von seiner Berechtigung keinen Gebrauch gemacht. Es hat sich einem einzelnen Willen überlassen, hat Regierungsformen ertragen, mit denen es im Geiste gebrochen hatte, sich in Bahnen treiben lassen, welche seiner Natur zuwider waren und sich Gesetzen untergeordnet, welche mit seinem Rechtsbewußtsein in Widerspruch standen. Es hat dies Alles ertragen, weil ihm das Gefühl der Einheit

so wie die Möglichkeit einer Vereinigung abging, weil also ein eigentlicher allgemein anerkannter Nationalwille nicht vorhanden war, welchen es dem Willen der Regierung hätte gegenüberstellen können. Die Revolution hat mit einem Schlage diese Einheit hervorgerufen. Die Berliner haben sich für die Anerkennung des Volkswillens erhoben, das ganze Volk hat sich die Resultate dieser Erhebung angeeignet und somit an der Revolution theilgenommen. Es hat durch die Forderung und die Vornahme der Urwahlen erklärt, daß es einen Willen habe und diesen zur Geltung gebracht wissen wolle. Die Nationalversammlung hat diesen Volkswillen auszusprechen und zur Geltung zu bringen und in sofern ist sie eine constituierende und keine Theorie wird ihr diesen Charakter streitig machen können. Sie ist constituierend, weil erst durch ihren Beschluß die Verfassung Geltung erlangen kann.

Die Revolution hat aber, und das läßt sich angesichts der Thatfachen ebenfalls nicht bestreiten, nicht tabula rasa gemacht, sie ist nicht, wie in Frankreich, eine rein negirnde gewesen, sondern sie hat bestimmte staatsrechtliche Verhältnisse bestehen lassen, sie hat das Königthum nicht in Frage gestellt. Der Umstand, daß man während und nach der Revolution mit dem Könige in Verbindung trat, an ihn Forderungen stellte, das von ihm eingesehene Ministerium anerkannte, beweist dies hinlänglich. So befinden wir uns denn seit der Revolution in einer eigenthümlichen Lage. Der bisher allein berechtigte Wille des Königs ist nicht mehr allein berechtigt, er hat neben sich den Volkswillen anerkannt. Der Volkswille aber hat dadurch, daß er über das Königthum nicht hinausging, seiner Souveränität nichts vergeben, denn der Entschluß, das Königthum festzuhalten, ist eben auch ein Ausfluß dieses Willens. Ein geordneter Zustand aber ist diese Lage nicht, denn so lange nicht eine Verfassung geschaffen und anerkannt ist, stehen der Wille des Volkes und der der Regierung einander unvermittelt gegenüber. Die Regierung hat diese Stellung erkannt, indem sie sich für verantwortlich erklärte, obschon weder ein Gesetz noch ein Gerichtshof zur Sicherung dieser Verantwortlichkeit vorhanden war. Es lag in dieser Erklärung eben nur das Anerkenntniß, daß die Regierung in Zukunft nicht mehr nach ihrem Belieben, sondern nach dem Volkswillen zu regieren habe.

Darin nun, daß das Volk in der Beibehaltung des Königthums sich von vorn herein freiwillig eine Schranke setzte, und doch andererseits nur nach seinem Willen regiert werden wollte, während noch keine Verfassungen vorhanden sind, um den Volkswillen mit seinen Organen in harmonische Verbindung zu setzen, und seine Verwirklichung zu sichern, liegt ein steter, durchgreifender Widerspruch, welcher eben die gegenwärtige Epoche, trotz alles Lärmens, zu einer revolutionären macht. Aus diesem Widerspruch können wir nur durch zwei Wege herauskommen, entweder durch eine neue Revolution, welche vollends tabula rasa macht, oder durch eine Vereinbarung mit der noch beibehaltenen aber in ihren Attributen noch nicht bestimmten und begrenzten Macht. Eine constituierende Versammlung mit einem Könige neben sich, welche ohne diesen König zu hören, ihm eine Verfassung auflegen will, ist eine Unmöglichkeit,

denn es giebt kein Mittel, den König zu zwingen, daß er nun auch nach dieser Verfassung regiere. Im äußersten Falle müßte er doch wenigstens das Recht haben, zu erklären, ob er nach dieser Verfassung regieren wolle. Dann aber haben wir schon wieder die Vereinbarung, denn es kommt bei dieser gar nicht auf den Theil an, den die contrahirenden Theile an den Vorarbeiten, also hier an dem Entwurf der Verfassung, nehmen, sondern lediglich auf die letzte zustimmende Erklärung. Kann man also eine konstitutionelle Verfassung nicht anders in Wirksamkeit setzen, als nach einer beistimmenden Erklärung des Königs, so kann man auch eine Vereinbarung nicht umgehen.

Da aber ohne den Beschluß und die Zustimmung der Nationalversammlung eine Verfassung ebenfalls nicht zu Stande kommen kann, da ferner die Nationalversammlung nicht gezwungen werden kann, eine Verfassung anzunehmen, welche dem Volkswillen widerspricht, so folgt daraus, daß durch die Vereinbarung der Souveränität des Volkswillens durchaus kein Eintrag gethan wird.

Wie nun aber, wenn eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt? Hier werden sich die Meinungen spalten. Diejenigen, welche die Revolution und somit die Berechtigung des Volkswillens nicht anerkennen, werden annehmen, daß der König nur Concessionen gemacht, und da diese verworfen worden, sein unbeschränktes Recht fortdauere. Für uns aber gestaltet sich die Sache anders. Der Volkswille kann für uns niemals seine Berechtigung wieder verlieren, und so lange wir daher auf dem Boden der gegenwärtigen staatlichen Lage stehen bleiben, so lange dauert für uns auch jene Freiheit rechtlich fort und es giebt kein gesetzliches Mittel, sie aufzuheben. Einige Zeitungen haben nun, um der Möglichkeit eines dartigen endlosen Schisma's zu entgehen, den Vorschlag gemacht, daß die Nationalversammlung sich bis zur Vereinbarung der Verfassung permanent erklären möge. Uns scheint eine solche Erklärung überflüssig, da sich diese Permanenz von selbst versteht. Die Nationalversammlung hat das Mandat, eine Verfassung zu vereinbaren, und dieses kann folgerichtig erst dann erlöschen, wenn es erfüllt ist. Einen Zeitpunkt, wo man sagen könnte, daß eine Vereinbarung nunmehr unmöglich sei, wird man schwer bestimmen können. Sollte die Versammlung dennoch sich zu einer Perma-nenzerklärung entschließen, so würde diese nur den Zweck haben können, es klar auszusprechen, daß die Nationalversammlung den einmal nicht mehr zu umgehenden Volkswillen so lange vertreten werde, bis er ein regelmäßiges, verfassungsmäßiges Organ gefunden. Immer aber bliebe dieser Zustand provisorisch, und wenn keine Vereinbarung zu Stande käme, könnten wir eigentlich nur durch eine neue Revolution zu einem definitiven Zustande gelangen, indem entweder die Krone das Recht des Volkes gewaltsam unterdrückte, oder das Volk das noch anerkannte Recht der Krone negirte. Wir würden dann eben, da auf gesetzlichem Wege keine dieser beiden Gewalten beseitigt werden kann, wieder ganz einfach auf das Gebiet der Thatfachen kommen, wo die rechtliche Beurtheilung aufhört.

Wahrscheinlich ist wohl ein solcher Ausgang nicht und wünschenswerth noch viel weniger. Dem gewöhnlichen Laufe der Geschichte gemäß wird die Stellung der Frage wohl folgende werden. Stellt sich zwi-

schon Krone und Volksvertretung ein Widerspruch heraus, welcher durch Verständigung nicht zu beheben ist, so wird die stärkere Macht auch ohne gewaltsame Revolution siegen. Steht also der Volksvertretung eine starke, öffentliche Meinung zur Seite, so wird die Krone von selbst die Unmöglichkeit des Widerstandes erkennen und sich in den Volkswillen fügen. Werden die Vertreter nicht durch den entschiedenen Willen des Volkes unterstützt, so werden sie von selbst von Forderungen absteigen, zu deren Durchsetzung ihnen die Mittel fehlen. Die Versammlung wird also souverain und rein konstituierend sein, wenn sie im Geiste des Volkes handelt und das Volk sich zu geistiger Mündigkeit heraufarbeitet, sie wird aber ihre Souverainetät, auch wenn sie dieselbe proklamiert hat, nicht wahren können, wenn sie nicht die geistige Kraft dazu in sich und die gehörige moralische Unterstützung außer sich vorfindet.

So wird die theoretische Streitfrage nicht durch die Theorie, sondern lediglich durch die Praxis entschieden werden, und wir möchten rathen, deshalb in die letztere sich mit aller Anstrengung zu werfen.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Berlin, 7. Juni. Die zwölfte Sitzung beginnt um 12 $\frac{1}{2}$, unter dem Vorsitze des ersten Vicepräsidenten Esser, mit Verlesung des Protokolls, welches nach kurzer Erinnerung angenommen wurde. Hr. v. Loë beantragt, daß der Präsident ermächtigt werde, Anträge, deren sofortige Erledigung unmöglich ist, von der Tagesordnung zu streichen. (Der Antrag wird indeß nicht einmal unterstützt.) Hr. Reichenbach bittet ums Wort wegen Mißbrauchs der Eintrittskarten, welche letztere sogar verkauft worden wären. Man möge daher jene Karten ganz weglassen lassen, so daß freier Zutritt gestattet werde. (Der Antrag hat die nöthige Unterstützung gefunden und kommt zu sofortiger Debatte.) Hr. v. Berg bringt einen andern Mißbrauch zur Sprache, wonach Inhaber permanenter Billets mehrere damit einlassen. Deshalb sollen diese Art Karten von den Dienern einstweilen abgenommen werden *). Der Reichenbachsche Antrag wird verworfen, worauf noch ein Amendement einkommt, bis endlich zur motivirten Tagesordnung übergegangen und, wie es sich von selbst versteht, dem Präsi. das Nöthige überlassen wird.

Der Finanzminister Hansemann berichtet, daß bisher nur der Minister des Auswärtigen zu der Adress-Commission gezogen, den übrigen Ministern dagegen nur die Anzeige gemacht worden sei, die Commission werde sich Abends 6 Uhr nochmals versammeln. Er bitte um Aufsehung einer andern Zeit und die verschiedenen Minister zu verschiedenen Zeiten einzuladen.

Herr Grabow, als Vorsitzender der Adress-Commission, sagte, dieselbe wolle heut an die Schlussredaktion gehen und habe es deshalb den Ministern anheimgegeben, ob sie noch Mittheilungen zu machen wünschten. Die Berathung solle daher um einen Tag verschoben werden.

Herr Waldeck meint, die Commission könne die Minister nicht einladen.

Herr Euler beantragt die Organisation von preuss. Auswanderergemeinden durch Vermittelung und unter dem Schutze des Staates. (An die Abth.) Die Herren Pfahl, Bauer und Hagen stellen den Antrag auf freie Wahl der Amtsvorsteher, Bürgermeister und Landräthe nach der Wahlweise, welche das Gesetz vom 8. April d. J. für die Wahlmänner festgesetzt hat. (An die Abth.)

Herr Wencelius nimmt einen Interpellations-Antrag an das Ministerium um Befürwortung einer Amnestie für die Zeit des Provisoriums, „um damit die Gerüchte von reaktionären Bestrebungen zu beseitigen und die wünschenswerthe Versöhnung einzuleiten.“ Minister Graf Schwerin (da die Minister Camphausen und v. Kuerswald in der heutigen Sitzung fehlen): Interpellation und Antrag stehen sich gegenüber, da jede Interpellation eine Antwort erfordere, diese aber hierauf nicht zu geben sei. Das Ministerium könne übrigens nicht erlauben, wie durch eine solche Amnestie Gerüchte von reaktionären Bestrebungen zerstreut werden können. Die hier vorgetragenen Gründe scheinen dem Ministerium nicht durchgreifend genug, um solchen Antrag zu machen. Der Präsident erklärte hiermit die Sache für erledigt.

Herr Ballnus beantragt die Feststellung einer Frist, bis zu welcher die Versammlung Bittschriften annehmen solle. Der Finanzminister äußert, dieser Antrag beruhe wahrcheinlich auf einem Mißverständnisse, indem der Antragsteller diese Versammlung mit dem frühern vereinigten Landtage verwechselte. Das Bittrecht sei eine Kundgebung der Gesinnung des Landes und dürfe deshalb nicht beschränkt werden, ja die Versammlung müsse noch bis zum letzten Tage Bittschriften entgegennehmen. Herr Ballnus: Wie soll es denn werden, wenn wir hier abgereist sind? (Ge-

lächter.) Der Antrag wird bei der Abstimmung verworfen.

Auf den Wunsch des ersten Vicepräsidenten übernimmt jetzt der zweite, Herr Waldeck, den Vorsitz. Die nun folgenden, an das Ministerium gerichteten „Interpellations-Anträge“ des Herrn Bogelsang auf Veränderungen in der Verwaltung, Einrichtungen der Rechtspflege und des Staatshaushaltes werden nicht unterstützt und sogleich von vorn herein abgelehnt.

Herr Schink bringt gleichfalls drei „Interpellations-Anträge.“ Zu 1) Ob das Ministerium die Eintheilung des Landes, den Staatsrath, die Provinzial- und Kreisstände, die Oberpräsidien, Regierungen und Landräthe, so wie die übrigen Verwaltungs- und Finanzbehörden in ihrer bisherigen Form und Verfassung beibehalten wolle; und 2) diese Einrichtungen z. theils aufzuheben, theils zu vereinfachen oder zu beschränken beabsichtige (beide Anträge zu 1 und 2 werden nicht unterstützt); und ob endlich die diesfälligen Gesetzentwürfe so wie 3) die Gemeinde-Ordnung noch der Versammlung bei Berathung der Verfassung vorgelegt würden. (Der Antrag zu 3 wird unterstützt.) Der Finanzminister Hansemann beantwortet indeß auch den Antrag zu 1 dahin, daß das Ministerium die gesammte jetzige Verwaltungs-Einrichtung nicht beizubehalten, sondern wesentlich zu ändern gedenke. Daraus erleihe sich auch die zweite Frage von selbst. In Betreff der dritten könne angeführt werden, daß die Entwürfe über die Gemeinde-Ordnung und die Bürgerwehr der Versammlung jedenfalls vorgelegt werden sollen. In wie weit ferner noch Vorlagen zu machen seien, lasse sich jetzt noch nicht bestimmen.

Herr Elsner beschwert sich darüber, daß, obwohl die Versammlung auf die Anfragen zu 1 und 2 nicht eingegangen, der Minister dennoch der, auch ihn bindenden Geschäfts-Ordnung ungeachtet, sie beantwortet habe. Der Finanzminister meint, die Geschäfts-Ordnung nicht überschritten zu haben. Die 3te Frage könne nicht ohne Berührung der 1ten und 2ten beantwortet werden. Uebrigens seien die Minister berechtigt, jederzeit Mittheilungen über ihr Vorhaben zu machen.

Herr Jung beantragt die völlige Aufhebung der das Gesinde betreffenden Gesetze, welche um so weniger jetzt, wo Diensthoten zu Abgeordneten wählbar seien, zeitgemäß und schicklich wären. Es könnten daher auf Diensthoten auch nur die gewöhnlichen Gesetze angewandt werden. Der Antrag selbst wird unterstützt, der Antrag, ihn morgen schon zu berathen, jedoch verworfen, vielmehr an die Abtheilung gewiesen.

Der Interpellations-Antrag des Herrn Kuzner, daß die Regierung zu Liegnitz keine Gewaltmaßregeln gegen die Dirschaften mehr anwenden lasse und die Exekution aufgehoben werden möge, könne, wie der Ministerverweser v. Patow sagt, wegen der unbestimmten Fassung nicht beantwortet werden. Auf die Frage des Herrn Kuzner wegen sofortiger Aufhebung des Deichgesetzes vom 28. Januar 1848, antwortete Herr v. Patow, obgleich der Fragesteller darauf hinwies, wie das Fortbestehen Gährungen im Glogauer Kreise erzeuge, daß dieses Gesetz auf der Stelle nicht aufgehoben werden könne. Seinen Sonderantrag, das Deichgesetz im Glogauer Kreise aufzuheben, nahm Hr. Kuzner zurück.

Herr Behnisch beantragte, die preussische Nationalversammlung solle nicht eher über die Verfassung beschließen, als bis das souveräne deutsche Volk durch seine Vertreter in Frankfurt die organischen Staatseinrichtungen festgestellt und zur besseren Einrichtung dieses Zweckes die Niederlegung eines Ausschusses, welcher die unmittelbare Verbindung der Deutschen mit der Preussischen Versammlung erhalte; 2) gesetzliche Feststellung der in der März-Revolution wiedererrungenen unveräußerlichen Volksrechte; 3) Abschaffung aller Lasten, Mißbräuche, Steuern, Privilegien und Monopole, welche dem für immer gefallenem Feudal- und Patrimonialstaate anhängen; 4) Hebung des materiellen Wohlstandes des Landes in der geistigen Bildung des Volkes durch geeignete Vorkehrungen. Die Anträge werden unterstützt, doch nicht, um nach dem Wunsche des Antragstellers in den Abtheilungen vor dem Verfassungs-Entwurf berathen zu werden, sie sind vielmehr einfach an die Abtheilungen verwiesen worden.

Herr Schulz brachte noch zur Sprache, daß, der Erzählung nach, noch etwa 4000 Arbeiter seit einigen Tagen in Berlin brotlos seien und möglicher Weise das Eigenthum bedrohen. Dies berühre das ganze Land insofern, als Alles, was unter den Augen der National-Versammlung vorgehe, der weitesten Deutung unterliege. Der Staat müsse nach dem Landrechte seine hilfbedürftigen Angehörigen ernähren. Da die Kräfte des Magistrats nicht mehr ausreichen, der Staat helfen müsse, so ergehe an das Ministerium die Anfrage! 1) Ist es wahr und weiß das Ministerium, daß eine so bedeutende Zahl von Arbeitern hier brotlos sei? 2) Trifft dasselbe keine Vorbeugungs-Maßregeln?

Min.-Verweser v. Patow: Die Lösung der Arbeiterfrage gehöre zu den schwierigsten Aufgaben der Regierung und der Versammlung. Die seit mehreren Wochen neu eingetretenen Stockungen in den Gewerben haben wiederum Arbeiter brotlos gemacht. Die Stadt Berlin und der Staat haben für die Beschäftigung der Brotlosen viel gethan, und so seien in Berlins Umgegend bei den Staatsbauten allein 4000 Arbeiter untergebracht. Die Regierung nehme aber noch andere Dinge in Aussicht, namentlich die schon lange ersehnte Verbesserung des niedern Oderbruchs. Die Zahl der hier brotlosen Arbeiter sei allerdings sehr bedeutend, wogegen die Armenpflege regelmäßig geübt werde und man mehr nicht verlangen könne, zumal die einschlägige Bestimmung des Landrechts doch nirgends zu verwirklichen sei.

Herr Jungbluth beantragte, daß fortan die Anträge nach dem Wortlaut, wie sie eingebracht, auch in die Tagesordnung aufgenommen werden.

(Schluß der Sitzung 2 Uhr 10 Min.)

Berlin, 7. Juni. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Pfarrer Geiger zu Groß-Kauer im Kreise Glogau, dem Steuer-Inспектор außer Dienst, Kniffler in Düsseldorf, dem bei der Provinzialsteuerverwaltung in Breslau als Registrator fungirenden Kankleirath Riedel den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Bürgermeister Kabischke zu Kostenbluth im Regierungsbezirk Breslau, dem bisherigen Schulzen Andreas Gumprecht zu Gartha, im Kreise Fraustadt, und dem Stadtgerichtsboten Michael Erle zu Breslau das allgemeine Ehrenzeichen, sowie den hiesigen Schokoladenfabrikanten Karl Dietrich Groß und Ludwig Schickendank, Inhabern der hieselbst unter der Firma J. D. Groß bestehenden Schokoladenfabrik das Prädikat als königliche Hof-Lieferanten zu verleihen.

Monats-Uebersicht der preussischen Bank, gemäß § 99 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.

| | |
|--|-----------------|
| 1) Geprägtes Geld und Barren | 9,742,400 Rthl. |
| 2) Kassen-Anweisungen | 1,449,100 „ |
| 3) Wechsel-Bestände | 15,968,300 „ |
| 4) Lombard Darlehne | 15,254,600 „ |
| 5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva | 12,879,900 „ |
| Passiva. | |
| 6) Banknoten im Umlauf | 14,043,700 „ |
| 7) Depositen-Kapitalien | 21,216,300 „ |
| 8) Darlehne des Staats in Kassen-Anweisungen (nach Rückzahlung von 4,900,000 Rthl. cfr. § 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846) | 1,100,000 „ |
| 9) Guthaben von Staatskassen, Instituten und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs | 7,335,300 „ |

Abgereist: Se. Excellenz der General der Infanterie, General-Inspekteur der Festungen und Chef der Ingenieure und Pioniere, von Aler, nach Erfurt. Der Ober-Präsident der Rheinprovinz, Eichmann, nach Koblenz.

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat neuerlich eine Reorganisation erfahren, durch welche die Geschäfts-Vertheilung und innere Einrichtung auf eine den Verhältnissen und dem Bedürfnisse entsprechende Weise umgestaltet ist. Nachdem nämlich der bisherige Direktor der zweiten Abtheilung zu einer anderen Bestimmung übergegangen, ist diese Abtheilung ganz aufgehoben; und die sämtlichen Geschäfte des Ministeriums sind an für jetzt 4 Büreaus vertheilt worden. Es sind dies jetzt die folgenden:

- 1) das Bureau für politische Angelegenheiten;
- 2) das Bureau für handelspolitische Angelegenheiten;
- 3) das Bureau für staats- und civilrechtliche Angelegenheiten;
- 4) das Bureau für Etats-, Kassen-, Personal- und Ceremonial-Angelegenheiten.

Diesen Büreaus stehen als Bureau-Chefs vier Ministerial-Räthe vor, welche die zu ihrem Bereich gehörenden Angelegenheiten mit denen unter ihnen stehenden Räten und Expedienten unter ihrer Verantwortlichkeit gegen den Minister, selbstständig und ohne kollegialische Berathung bearbeiten. Nur in zweifelhaften und mehrere Büreaus berührenden Angelegenheiten vereinigen sich die Bureau-Chefs unter dem Vorsitze des Ministers zu einer Konferenz. Das zweite, dritte und vierte Bureau haben ihre Geschäfts-Lokale in den Räumen der ehemaligen Dienstwohnung des früheren Direktors der zweiten Abtheilung, wo auch die Registratur-Kanzlei dieser 3 Büreaus sich befinden und alle Geschäfts-Gegenstände derselben bearbeitet und abgemacht werden. Das politische Bureau nimmt einen Theil der Dienstwohnung des Ministers ein. — Es ist mit Zuversicht zu erwarten, daß durch diese neue Einrichtung, obgleich sie der bestehenden Personal-Rücksichten wegen für jetzt noch nicht vollständig

*) Wir geben diese Notizen, damit man auswärts erfahre, wie die Versammlung u. A. die Geschäfte verwaltet.

nach der Absicht verwirklicht werden konnte, doch schon gegenwärtig sowohl eine raschere Geschäftsförderung als auch eine namhafte Ersparung bewerkstelligt werden wird.

Bei den veränderten Beziehungen, welche sich aus den gegenwärtigen allgemeinen Verhältnissen auch für die Kunst ergeben, hat sich die hiesige Akademie der Künste veranlaßt gesehen, dem Staats-Ministerium die folgende vorläufige Vorstellung einzureichen: „Die großen Ereignisse der Gegenwart haben, wie alle Gebiete des Lebens, so auch das der Kunst mächtig berührt und neue Ziele des Strebens aufgestellt. Die unterzeichnete Akademie der Künste erkennt es als ihre Aufgabe, die Gesamt-Interessen der einheimischen Kunst zu vertreten, und fühlt sich demgemäß bei den gegenwärtigen Bewegungen gedrungen, Einem hohen königlichen Staats-Ministerium in dieser Angelegenheit einige vorläufige Andeutungen gehorsamt vorzulegen. — Die Akademie geht von dem Grundsatz aus, daß die Kunst zu einer sehr ernsten und erhabenen, das gesamte Volksleben durchdringenden Wirksamkeit bestimmt sei. Die Akademie hält es für unwürdig, wenn die Kunst als zufälliger, müßiger Schmuck, als eine Dienerin des Luxus aufgefaßt wird; sie ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Kunst den Beruf habe: durch die unmittelbare Gewalt des Schönen zur wahrhaft sittlichen Kräftigung des Volkslebens beizutragen. Die Akademie hält die Kunst mindestens für ebenbürtig mit der Wissenschaft und glaubt daher, daß der Kunst mindestens gleiche Anerkennung, wie der letzteren zu Theil werden müsse. — Die Fürsorge, welche die Staats-Regierung bis jetzt der Kunst hat angedeihen lassen, erstreckt sich vorzugsweise auf die Vorbereitung künftiger und auf die Erhaltung vorübergegangener Leistungen, auf die Kunst-Bildungs-Anstalten und die Sammlungen älterer Kunst. Beide Zwecke sind, zum Theil in ansehnlichem Maße, durch fortlaufend bewilligte öffentliche Mittel gefördert worden; welche Wünsche hierbei im Einzelnen noch hervortreten möchten, wird späterer Darlegung vorzubehalten sein. Ein Anderes ist es mit derjenigen Aufgabe, welche zwischen diesen beiden Zwecken in der Mitte steht und das bei weitem wesentlichere Bedürfnis ausmacht: mit der Veranlassung zur Ausführung von Kunstwerken im allgemeinen volksthümlichen Interesse für die Gegenwart und durch die künstlerischen Kräfte der Gegenwart. Die Akademie erkennt es im vollsten Maße an, was in solcher Beziehung seither durch die persönliche Gnade der Könige des preussischen Staates geschehen ist, und wird die Erinnerung hieran stets aufs dankbarste bewahren; bei den gegenwärtig veränderten Verhältnissen aber glaubt sie, daß die Bewilligung der zu solchem Behuf erforderlichen Mittel ebenfalls allgemeine Staatssache werden, und daß eine gesegnete Leitung in der Verwendung der letzteren eintreten müsse. — Die Akademie ist mit der näheren Erörterung dieser Angelegenheit, bis in das Einzelne hinab, beschäftigt, hält indeß den gegenwärtigen Augenblick, in welchem erst die Grundgesetze einer neuen Staats-Verfassung festgestellt werden sollen, noch nicht für geeignet, um mit einem ausführlichen Antrage hervortreten. Sie sieht sich zu diesen vorläufigen Andeutungen auch nur deshalb veranlaßt, weil sie vernommen hat, daß derselbe Gegenstand auch in anderen Kreisen besprochen wird und möglicherweise von dort aus zu vorgehenden Anträgen führen könnte. Ein hohes königl. Staats-Ministerium wolle sich überzeugen halten, daß die Akademie sowohl ihren Beruf an sich, als die Stellung desselben innerhalb der großen Zeitbewegungen erkannt hat und nichts verläumen wird, was zur gründlichen Vorbereitung aller im Kreise ihres Berufs wünschenswerthen Neugestaltungen erforderlich ist. Die Frist bis zu demjenigen Zeitpunkte, welche zur Einbringung ihrer Anträge geeignet ist, wird nur dazu dienen, der Sache eine vollkommene Reife zu gewähren. — Berlin, Plenar-Versammlung der ordentlichen Mitglieder den 29. Mai 1848. — Königliche Akademie der Künste. (gez.) Dr. G. Schadow, Direktor.“

(Staats-Anz.)

† Berlin, 7. Juni. Zur Erholung von ihren Strapazen hatten die Mitglieder der National-Versammlung auf den heutigen Tag ein großes Zweckfest bei Kroll verabredet; da ihnen jedoch einfiel, daß der 7. Juni der Todestag des vorigen Königs sei, beschloßen sie, diese wichtige Verhandlung bis morgen aufzuschieben. Sie fragen: „Schon?“ warum nicht? Die Langeweile der Vieltheuerer ermüdet zuletzt eben so, wie die angestrengteste Arbeit. Auch Pfingsten wird den Herrn Abgeordneten wahrscheinlich zwei Extra-Ferientage bringen, da man sich in den meisten Abtheilungen, trotz energischer Protestation für diese Zulage ausgesprochen haben soll. Die fatale, durch das Votum der Rechten herbeigeführte, Adressfrage ist auch wieder um einige Tage hinausgeschoben worden, da morgen früh um 8 Uhr noch die übrigen Minister, mit Ausnahme des Herrn von Arnim, gehört werden sollen. Zwar hatte sich die Kommission dahin ausgesprochen, daß sie eigentlich keiner weiteren Aufklärungen bedürfe, zwar ist die Adresse selbst bereits redigirt; aber die Minister, Hr. Hansemann an der Spitze, wollen einmal gehört wer-

den und Aufklärungen geben, und so muß dem Geschäfts-Reglement Genüge geleistet werden. Die Adresse selbst soll vom constitutionellen Standpunkte betrachtet, ziemlich entschieden lauten und sogar in Betreff Polens und Frankreichs einige Stellen enthalten, welche, werden sie angenommen, Aufsehen erregen dürften. — Die Stellung der einzelnen Parteien wird bei der jetzigen Leere der Tagesordnung immer verwirrt und unentschiedener, und dies wird wahrscheinlich so lange dauern, bis die eigentlichen Kernfragen zur Sprache kommen werden. — Neulich sollte eine Vereinigung der Linken und des linken Centrums „vereinbart“ werden; aber sie zerbrach sich an den Principienfragen, und das Resultat war, daß man in den materiellen Fragen mit einander stimmen, alles übrige aber der Entscheidung des Augenblicks anheimstellen wolle. Die rechte Seite hat zwar dasselbe versucht; da sie jedoch die Revolution nicht anzuerkennen geneigt ist, hat die versuchte „Vereinbarung“ ebenfalls keinen Erfolg gehabt. Am schlimmsten haben sich unbedingt diejenigen Gemeinden berathen, welche Bauern gewählt haben. Diese Leute sind ohne alle Kenntniß der Verhältnisse, leider auch ohne Gesinnung und dienen somit zum willenlosen Werkzeug derer, welche sich ihrer zu bemächtigen wissen. Sie gehören meist der Geheimraths-Seite (der rechten) an und stimmen buchstäblich auf Kommando. — Soll ich zum Schlusse noch viel über Herrn Wit, genannt v. Döring, sprechen? Er möge zunächst die Frage beantworten, ob er überhaupt kein Manuscript über die Breslauer Abgeordneten gehabt habe, dann wollen wir sehen, ob mit diesem Thebaner noch ein Wort zu sprechen ist. Vorläufig nur so viel, daß sich die Breslauer Abgeordneten Herrn Wit's Verachtung gewiß zur Ehre anrechnen.

✂ Berlin, 7. Juni. Der Prinz von Preußen hat dem Präsidium der National-Versammlung die Anzeige zugehen lassen, daß er seinen Sitz in der Kammer vorläufig nicht einnehmen werde und anheimgegeben, seinen Stellvertreter, den Legationsrath Rüpfert, einzuberufen. Se. königl. Hoheit befindet sich heute mit der gesamten königlichen Familie in Charlottenburg zur gemeinsamen Feier des Todestages des verstorbenen Königs. Derselbe soll gestern Abend mit dem letzten Bahnzuge von Magdeburg in Potsdam eingetroffen sein. — Es ist hier ein Gerücht von der Selbstvergiftung eines hohen Postbeamten in Umlauf. — In der gestrigen Versammlung in Villa Colonna wurden mannigfache Details mitgetheilt, deren Veröffentlichung nicht ganz ohne Interesse sein dürfte. So wurde berichtet — und der Erzähler verpflichtete sich, seine Mittheilung urkundlich zu belegen — daß den Unte. offizieren und Soldaten, welche an dem Kampfe des 18. und 19. März in Berlin Theil genommen, eine außerordentliche Gratifikation bewilligt sei. Unter anderm wurde ein Brief vorgelesen, der wie folgt lautet: „Laut Kriegsministerial-Erlaß vom 19. April d. ist auch den Freiwilligen, welche an dem Kampfe des 18. und 19. März in Berlin Theil genommen haben, das allerhöchste Gnadengeschenk verwilligt worden und übersende ich Ihnen anbei 20 Sgr.“ — Der Brief ist von einem jetzt in Magdeburg garnisonirenden Hauptmann an einen hier zurückgebliebenen Freiwilligen (Unteroffizier) gerichtet. — Die nach einem Privatbriefe aus Flensburg nahe bevorstehende Schlacht bei Bau hat hier die gespanntesten Erwartungen erregt. Bis jetzt ist hier nur bekannt geworden, daß Vorbereitungen zu einem entscheidenden Kampfe getroffen werden. Auch sind die hieher beurlaubten Freiwilligen wieder einberufen. — Von verschiedenen Bezirksvereinen sind die Straßenecken wieder mit mannigfachen Plakaten bedeckt. Der eine Verein protestirt gegen die Sicherheits-Kommission, die durch die Mitglieder mehrerer Behörden gebildet ist; er bezeichnet dieselbe als ungeschicklich, gefährbringend und unnütz. — Der Friedrich-Wilhelmsstädter Bezirks-Verein nimmt von der Todtenfeier des 5. Juni Veranlassung, eine Mahnung und Petition an die Kammer zu richten. Es wird von den Volksvertretern die Anerkennung verlangt, daß das System des Polizei- und Militär-Staats erst am 19. März zertrümmert worden ist und daß die Grundsätze eines volksthüml. Staatslebens, pol. Gleichheit, des allgem. Wahl- und Bewaffnungs-Rechts u. s. w. vor der Revolution nicht vorhanden waren und ohne dieselbe nicht vorhanden sein würden. Die Petition schließt: „Die Versammlung der Volksvertreter in ihrer gegenwärtigen Zusammenstellung ist ein Kind der Revolution, und es würde ihr übel anstehen, wenn sie ihre Erzeugerin nicht ehrend anerkennen wollte.“ Ihre Anträge sind: 1) den Kämpfern des 18. und 19. März den Dank des preuss. Volkes zu votiren; 2) den Invaliden jener Tage eine gesicherte und ehrenvolle Existenz zu gründen; 3) den Gefallenen ein National-Denkmal zu errichten; 4) die Hinterbliebenen derselben nicht bloß durch ein Gnadengeschenk des Volkes, sondern aus Staatsmitteln zu versorgen, wie es ihr gutes Recht erfordert; 5) die Tage des 18. und 19. März für politische Feiertage des ganzen Landes zu erklären. — In der gestrigen Sitzung des demokratischen Klubs machte Dr. Löwenberg, der sich längere Zeit in Posen aufgehalten, nicht uninteressante Mittheilungen über die dortigen Verhält-

nisse. Nachdem beschloß man auf den Antrag eines Mitgliedes, sich der hiesigen zahlreichen brodlosen Arbeiter, welche am Hungertuche nagen, anzunehmen. Man veranstaltete sofort eine Sammlung und einige anwesende Damen erboten sich, Sammlungen von Haus zu Haus vorzunehmen, um den Unglücklichen wenigstens auf einige Tage Brod zu verschaffen, bis es möglich geworden, sie zu beschäftigen. Die erste Brod-austheilung findet heut vor dem Prenzlauer Thore statt. — Unsere heutige Börse war in Folge der gestrigen Mittheilung des Finanzministers über die Zwangsanleihe sehr niedergedrückt und die Kurse aller Effecten wichen bedeutend. Herrscht bei uns schon eine seltene Straube in allen Geschäften, so ist dies nach uns zugedragener Nachricht in Wien noch weit ärger. Ein Diskont von 12—15% bei Mittelpapier ist dort keine Seltenheit. In dem italienischen Kampfe sind von den Oesterreichern eine große Masse Maulbeerplantagen zerstört worden, so daß sich voraussichtlich, daß die diesjährige Seidenenernte eine nur geringe sein wird. Frankreich dürfte daraus Nutzen ziehen.

* Berlin, 7. Juni. Die katholische Geistlichkeit innerhalb der Kammer disponirt bis zum heutigen Tage über 100 Stimmen in der Nationalversammlung, die sich noch vermehren dürften. Ihre Mitglieder, — mit Ausnahme von 4 Geistlichen — sind vertheilt unter alle Fraktionen der Kammer, halten geschlossene Zusammenkünfte, und sind namentlich in Bezug auf die von Friedrich Wilhelm III. zugesagte Dotationsangelegenheit durch liegende Gründe sehr in Anspruch genommen. Die Minorität der Kammer hat indeß diese Parthei auch nicht aus den Augen verloren, und sie ist fest entschlossen, eine solche Dotation auf die Domänen nicht gut zu heißen, falls die Sache zur Sprache kommt.

✂ Berlin, 7. Juni. Die gestrige Versammlung in der Villa Colonna hat ein dieselbe persiflirtendes Plakat hervorgerufen, welches bezeichnend für diese Gattung publizistischer Stylübungen ist. Aus Villa Colonna ist Eau de Cologne gemacht, was ein Wis sein soll, und das Epitheton „Esel“ fehlt auch nicht in dem Machwerke. Referent trägt noch nach, daß die Vertheilung von passenden Flugschriften in die Provinzen von der Versammlung als hauptsächlich passend für ihren Zweck befunden wurde, und daß die Geldmittel zur Erreichung desselben aus dem Ertrage einer Medaille gezogen werden sollen, welche man zum Andenken an die hiesige Revolution schlagen lassen will. — Auf dem Lande in unserer Nachbarschaft fängt es an, an Arbeitern zu fehlen, und die Gutsbesitzer klagen sehr in dieser Beziehung. Man spricht davon, daß die Regierung eine Uebersiedelung unbeschäftigter Arbeiter von hier aus nicht nur nach dem Oberbruch, worüber Patow heute der Kammer Mittheilungen machte, sondern auch nach den königl. Domänen beabsichtige. — Johann Jacoby, der gestern in seinem Wahlbezirke eine vortreffliche Rede hielt, hat (wie schon gemeldet) im linken Centrum Platz genommen, wo auch Rusch aus Königsberg sitzt, und sich auf heute zu der Privatversammlung jener Fraction angemeldet. Diese letztere, sehr beachtenswerth für die Statistik und für den Ausschlag in der Kammer, will ein constitutionelles Königsthum auf demokratischer Grundlage und demgemäß zwei Kammern, gleichsam als Revisionsinstanz, beide hervorgegangen aus Volkswahl, die erste mit dem Census des Alters. — Die königliche Familie, in Gesellschaft des Prinzen von Preußen, befindet sich seit heute Vormittag in Charlottenburg, und begeht dort das Andenken an den Sterbetag des verewigten Königs. Erst in Charlottenburg begnügte Se. Majestät den in das Vaterland heimkehrenden Bruder. Man hatte wieder die tollsten Gerüchte über dasjenige verbreitet, was sich am 7. Juni ereignen sollte, Abdikation u. s. w.; von allem dem hat sich nichts bestätigt. — Herr Held hatte vorgestern 8000 Stimmen in der Bürgerwehr für den Generalsposten, und die eben so ungeschickt wie perfid abgefaßten Plakate gegen diesen Herrn tragen nur dazu bei, seine Parthei bei den Bürgern zu vermehren.

± Berlin, 7. Juni. Es ist in öffentlichen Blättern angeführt worden, daß seit dem 18. März bereits 60,000 Einwohner, und zum größten Theil Wohlhabende, unsere Hauptstadt verlassen hätten. Die Zahl derselben dürfte sich aber wohl, mit Einschluß der hier fortgewiesenen fremden Arbeiter, auf 20,000 zurückführen lassen. — Die Gründung eines Arbeiter-Vereins sei hier hervorgehoben, welcher bei den übernommenen Erdarbeiten den Gewinn mit den Unternehmern theilt. Unter diesen Arbeitern, die sich durch unmittelbare Theilnahme an dem Unternehmen gehoben fühlen, soll der beste Geist herrschen. Auf die Selbstständigkeit der Arbeiter gegründet, wäre dies mithin der entgegengesetzte Weg, den Frankreich eingeschlagen hatte.

Der schleppende Gang unserer Landtagsverhandlungen erregt hier und auswärts allmählig immer stärkere Bedenken. Noch immer können die Herren nicht in das parlamentarische Geschick kommen und fast in jeder Sitzung muß einer aus ihrer Mitte auftreten, um aufs neue an eine Abkürzung der unendlichen Formalitäten zu mahnen. Ein sehr übler Bestandtheil des

Landtags sind die vielen Advokaten mit ihren juristischen, in so großen Dingen ganz ungehörigen Spitzfindigkeiten. Noch immer können sich die Parteien nicht scharen und sich entschließen, unter sich Sprecher zu wählen. Jeder unberufene Neuling im Reden sucht sein Mäthchen daran persönlich zu kühlen. So gar durch die Wahl der Plätze erschweren Manche den Gang der Verhandlungen oder Abstimmungen und es sitzen auf der äußersten Linken Abgeordnete, die mit der Rechten stimmen. (Leipz. Z.)

Nachdem bereits früher Anregungen zur Errichtung eines Denkmals für die Märzhelden im Friedrichshain gegeben, aber, wie es scheint, wieder in Vergessenheit gerathen sind, ist neuerdings ein praktischer Anfang gemacht. Herr Eisengießereibesitzer A. F. Lehmann und Herr Kaufmann Köhler, welche sich am Sonntag auf der Landsberger Thorwache befanden, hatten den glücklichen Gedanken daselbst bei Gelegenheit des Zugens nach dem Friedrichshain eine Sammlung unter der Devise: „Zum Denkmal für die gebliebenen Märzhelden“ zu veranstalten. Zwar wurde der Entschluß etwas spät gefaßt und zugleich war der Andrang der zurückkehrenden Massen so stark, daß die Meisten die Sammlung ganz übersehen haben mögen. Dennoch kam in kurzer Zeit eine ansehnliche Summe zusammen. Hiermit ist wenigstens der Anfang gemacht und zwar bei einer Gelegenheit und an einem Tage, welche recht eigentlich dazu passen; es ist zu hoffen und zu wünschen, daß das den weiteren Fortgang gewährleisten. Wir erfahren, liegt es in der Absicht, sofort ein Comité zu bilden, um demnächst weitere Sammlungen über die Stadt und das ganze Land zu verbreiten. Möge man ungekümmt zur Sache schreiten; die heutige Zeit verträgt weder ungeschickliches Ueberlegen, noch thöraames Verschleiben, sie fordert das rasche freudige Werk. Daß Berlin, das Preußen den Märzkämpfern ein Denkmal schuldig ist, daß dies unter allen Umständen errichtet wird, daß es aber eine Schande wäre, wenn erst der kommenden Generation die Uebertretung der Schuld überlassen bliebe, das wird Niemand in Zweifel ziehen. Einstweilen nimmt Herr Lehmann in seinem Verkaufslöke lokale Bauschule Nr. 6 weitere Beiträge entgegen. (Voss. Ztg.)

Der Bürgerwehr-Klubb hat sich in seiner gestrigen Sitzung (6. Juni) fast ausschließlich mit seiner Tagesordnung beschäftigt, welche darin bestand, die von der Kommission entworfenen Statuten der Bürgerwehr noch einmal, da dieselben der Konstituierenden Versammlung vorgelegt werden sollen, durchzugehen. Dieselben wurden mit einigen Modifikationen angenommen. Bemerkenswerth ist jedoch, daß die Versammlung den Titel „Statuten der Bürgerwehr“ in Statuten der „Staats-Bürgerwehr“ umgeändert hat, weil diese Bezeichnung die Idee einer Volksbewaffnung in sich schließt.

Stettin, 5. Juni. Die hiesige Kaufmannschaft hat dem Ministerium eine Adresse übersandt, worin sie sich über die durch den Krieg mit Dänemark veranlaßte Stockung des Handels beklagt und damit schließt: „An Ein hohes Ministerium richten wir daher die dringende Bitte, uns endlich über den wahren Stand der Sache aufzuklären, insbesondere uns die Garantien mitzutheilen, unter denen der Rückzug unserer Truppen angeordnet ist, indem es uns sehr beunruhigend erscheinen muß, daß trotz der friedlichen Bewegungen von deutscher Seite unsere Schiffe nichtdestoweniger in den Händen der Dänen verblieben sind. Wir sprechen die sichere Erwartung aus, daß man keinen Frieden schließen wird, dessen Bedingungen sich nicht mit der Würde des Vaterlandes vertragen, keinen Frieden, der uns nicht für alle erlittene Unbill vollständigen Ersatz gewährt.“

Stettin, 6. Juni. Das Ergebnis der von hier nach Berlin gegangenen Deputation ist folgendes gewesen. Die Deputation wurde durch unsere Deputierten bei dem Minister-Präsidenten Herrn Camphausen eingeführt. Nach Verlesung der Adresse sagte der Herr Minister: „Meine Herren, ich werde die Adresse dem Minister-Rath — an den dieselbe gerichtet ist — vorlegen, ich muß mich in Betreff der gewünschten Auskunft auf Dasjenige beziehen, was der Minister des Auswärtigen bereits in der National-Versammlung gesagt hat. Sie können überzeugt sein, daß wir vollkommen erkennen, wie sehr die Dänemark leidet, Sie haben unsere vollen Sympathien. Ihnen weitere Mittheilungen, als die vom Herrn Minister des Auswärtigen gegebenen, zu machen, bin ich außer Stande.“ — Herr Fregdorff (ein Mitglied der Deputation) bemerkte dem Herrn Minister, die Stimmung in Stettin sei eine sehr gereizte, die Lage der arbeitenden Klassen würde auch dort immer drückender, man müsse üble Folgen fürchten. Herr Blankensfeld (ein zweites Mitglied) bestätigte dies und fügte hinzu, die Verstimmlung des Handelsstandes, der den größten Theil seines mühselig erworbenen Vermögens bereits verloren habe und den Verlust des Restes sicher vor Augen sähe, wäre nur zu natürlich. Unsere Committenten erwarteten von uns Trost, wenigstens eine beruhigende Antwort, und wir hätten, uns etwas mehr als jene unbestimmte Erklärung des Ministers des Auswärtigen zu geben.

Stahlberg fügte hinzu, Stettin, das von so herben Verlusten insbesondere heimgesucht, habe wohl einen gegründeten Anspruch auf eine speziellere Erklärung des Herrn Ministers. Herr Bachhufen schloß sich dieser dringenden Bitte an und bat, uns mitzutheilen: einmal, die Gründe für den angeordneten Rückzug der Truppen aus Jütland, insbesondere aber die Garantien für unsere Entschädigung von Seiten Dänemarks. Der Herr Minister ging auch auf diese wiederholte spezielle Bitte nicht ein, er wiederholte: „daß die Ostsee insbesondere diese herben Verluste trafen, wäre die schmerzlichste Seite dieses hoffentlich sehr kurzen Krieges, er würde, wie schon gesagt, die Adresse seinen Rülhgen vorlegen, und sie würden so viel wie möglich dahin trachten, die Interessen der Ostsee zu wahren; er für seine Person könne nichts weiter thun, diese Angelegenheit ruhe in der Hand des deutschen Bundes, dessen angestrebte Einigkeit noch nicht erreicht sei.“ — Herr Stahlberg suchte mit besonderer Hinweisung auf die großen Verluste der Stettiner Kaufmannschaft vor circa 40 Jahren, wo sie sich in ganz ähnlichem Unglück befunden hätte, dessen Wunden durch die regste Betriebsamkeit derselben kaum vernarbt seien, den Herrn Minister wenigstens zu der Erklärung zu bewegen, daß bei einem etwaigen Friedensschlusse mindestens doch für unser wirklich verlorenes Eigenthum Ersatz geleistet werden müsse (welche Bitte von Herrn Bachhufen dringend unterstützt wurde) und endete mit der Bemerkung: „wir sind in einer verzweiflungsvollen Lage!“

— Hierauf erwiderte der Herr Minister Camphausen: „Ich bin es in dieser Angelegenheit für jetzt auch, ich kann diese dreimal an mich gerichtete Frage nicht anders beantworten.“ — Und auf die schließliche Frage: „so müssen wir also ohne Trost von Ihnen scheiden?“ erwiderte er: „wenn Sie in den von mir ausgesprochenen Sympathien keinen Trost finden, dann leider!“ — Der Totaleindruck, den die Kommission aus dieser Unterredung mitnahm, war der: daß bei dem unverkennbar guten Willen des Ministers, jede Hülfe seinerseits, wenigstens augenblicklich, unmöglich zu sein scheint. In einer Versammlung unseres Volksvereins am 3ten Juni wurde ein Protest an unsere Volksvertreter in Berlin gegen den Verfassungs-Entwurf von 600 Mitgliedern unterzeichnet. (Dtsch. Z.)

Posen, 6. Juni. Aus den Ende April mit Beschlag belegten Papieren der Kriegsabtheilung des polnischen National-Comités ist uns folgendes interessante Aktenstück in deutscher Uebersetzung zugegangen, für deren Richtigkeit wir uns verbürgen: „Posen, den 30. März 1848. Die Kriegs-Abtheilung des National-Comités beauftragt den Bürger Szejpanowski sich zur Centralisation des demokratischen Vereins zu Paris zu begeben, und an diese Behörde im Namen der Landes-Behörden das Verlangen zu stellen, daß sie sich an die französische Regierung wende, um von dieser Schußwaffen für den polnischen Aufstand zu erhalten. Dem Bürger Szejpanowski wird ausdrücklich untersagt, sich persönlich an die französische Regierung zu wenden. Seine Mission soll nur durch Vermittelung der Centralisation zur Ausführung gebracht werden, um die einmal feststehenden Verhältnisse nicht zu verwirren. Nach dem Empfang der gewünschten Waffen in der größtmöglichen Anzahl hat der Bürger Szejpanowski dieselben durch Deutschland unter der Eskorte deutscher Bürger, die der polnischen Sache zugethan sind, hierher zu bringen. — Um diese Eskorte vorzubereiten hat sich der Bürger Szejpanowski an die aus den Bürgern Gubulski, S..... und R..... zusammengesetzte Correspondenz-Commission in Berlin zu wenden, die ihm durch Vermittelung der deutschen Studenten die Stationen für die Eskorte bezeichnen wird. Bei diesen Anordnungen kann auch der Bürger Niegowski mitwirken, von dessen Anwesenheit in Frankfurt a. M. die Berliner Commission benachrichtigt ist. Was die gleiche Mission nach England anlangt, so hat der Bürger Szejpanowski nach Heranziehung beliebiger Personen zu seiner Unterstützung alle diejenigen Mittel in Anwendung zu bringen, die er für die zweckdienlichsten hält. Das National-Comité wird ihm zu diesem Behuf eine angemessene Aufforderung an das englische Volk mitgeben. Bialosorski, Brudzewski, Mielzynski, Ludwig Miroslawski. — NB. Der Bürger Szejpanowski hat sich durch Vermittelung des Mitgliedes der Centralisation, Borel, mit dem internationalen englischen Vereine in Verbindung zu setzen, der ihm die Lieferung von Waffen erleichtern wird. 11. 7. 29. 87. 22. 44. 50. 71. 13. 9. 36. 44. 39. I. 38. 26. Instruktion für den Bürger Szejpanowski. Das Siegel enthält in getheiltem Wappen den polnischen Adler und den lithauischen Reiter mit der Umschrift: „Wydzial wojenny komitetu narodowego“ (Kriegsabtheilung des National-Comités). Aus einem zweiten Aktenstücke, welches sich ebenfalls vorgefunden, geht hervor, daß Szejpanowski seine Vollmacht unerledigt zurückgereicht hat und statt seiner ein gewisser Mirecki nach Frankreich gegangen ist. (Pos. Z.)

Aachen, 5. Juni. Gestern ist hier der nachstehende Bescheid auf die von hier aus abgesandte und in diesem Blatte mitgetheilte Eingabe eingegangen:

„Auf die Vorstellung vom 20. v. M., die Uebernahme der im Bau begriffenen Eisenbahnen Seitens des Staats und den baldigen Beginn des Bau's der großen Ostbahn nach Königsberg betreffend, erwiedert das unterzeichnete Ministerium Folgendes. — Sofern die kräftige Fortsetzung des Bau's der noch unvollendeten Eisenbahnen und der baldige Angriff der großen Ostbahn vielen brotlosen Arbeitern Beschäftigung und den betheiligten Gewerben eine erhebliche Unterstützung gewähren dürfte, unterliegt es keiner Frage, daß die beantragte Maßregel von der wohlthätigsten Wirkung sein würde. Das unterzeichnete Ministerium, dem die Aufgabe zu Theil geworden, für die Wohlfahrt der Nation durch Ausführung nützlicher öffentlicher Arbeiten zu wirken, ergreift mit Eifer jede Gelegenheit, dieser Aufgabe Genüge zu leisten. Zu dem Ende sind die noch im Bau begriffenen Eisenbahnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt, um einer Unterbrechung der Bauten vorzubeugen, namentlich sind den in der dortigen Provinz belagerten Bahnen beträchtliche Geld-Unterstützungen zugewendet worden. Den Bau der Ostbahn betreffend, so wird auch in diesem Jahre auf die dieses große Unternehmen vorbereitenden Strom- und Deichbauten an der Weichsel und Mogat eine verhältnismäßige beträchtliche Summe verwendet und es werden die Vorarbeiten so fortgesetzt, daß demnächst der Bau unverzüglich beginnen könnte. Durchgreifendere Maßregeln lassen sich aber in dem gegenwärtigen Augenblick nicht treffen, indem die Mittel der Staatskasse durch noch dringendere Ausgaben völlig in Anspruch genommen sind. Die Regierung wird indeß, sobald die Verhältnisse es irgend gestatten, insbesondere die Angelegenheit wegen Beschaffung des Anlage-Kapitals für die große Ostbahn in reifliche Erwägung nehmen und das unterzeichnete Ministerium nichts unterlassen, was zur baldigen Errichtung des Zwecks führen kann. Berlin, den 2. Juni 1848. — Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. — Patow.“ (Nach. Z.)

Wesel, 4. Juni. Heute Abend gegen 8 Uhr traf Sr. königl. Hoheit der Prinz von Preußen, von Arnheim kommend, hier ein und wurde von der an dem Kommandanturgebäude versammelten Volksmenge aufs herzlichste mit freudigem Hurrah-Rufe begrüßt. Bei Vorstellung der städtischen Behörden und des Offizier-Corps richtete Sr. königl. Hoheit folgende Worte an die Versammlung:

„Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zu Theil geworden. Es ist immer ein wohlthuendes Gefühl, wenn man in das Vaterland zurückkehrt und es wird mir immer eine glückliche Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß Vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, bekannt zu werden; nur mein reines Gewissen hat mich über diese Zeit hinweggeführt und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen — und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem Vieles in unserm Vaterlande geändert. Der König hat es gewollt; des Königs Wille ist mir heilig! Ich bin sein erster Unterthan und schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an; aber Recht, Ordnung und Geseß müssen herrschen, keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, das ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geblüht habe. — Sie können sich denken, daß ich mit erschüttertem Herzen vor Ihnen stehe; um so wohlthuender ist mir dieser herzliche Empfang.“

Diese Worte kamen aus einem tiefbewegten Herzen, das sich nur dem Eindrucke des Augenblicks hingab. Das fühlten Alle die sie hörten. — Nach diesen Worten wandte sich Sr. königl. Hoheit an den Oberbürgermeister der Stadt und an eine Deputation, die an der Spitze einer zahlreichen Bürgerschaft aus Ruhrt auf einem festlich geschmückten Dampfboot in der Hoffnung hier eingetroffen war, Sr. königl. Hoheit in ihrer Mitte nach ihrer Stadt führen zu können, und sprach: „Sien Sie den beiden Städten die Vollmeister meines Dankes für den freundlichen Empfang!“ mit dem Hinzufügen, daß er sehr bedaure, wegen Kürze der Zeit ihrer herzlichen Einladung nicht folgen zu können. — Hierauf empfing der Prinz die Deputation der hiesigen Freimaurer-Loge auf die brüderlichste Weise. Den Damen, welche ihm bei seinem Eintritt in das Souveränements-Gebäude den Weg mit Blumen bestreut hatten, machte er vor seiner Weiterreise nach Oberhausen einen freundlichen Besuch in dem Empfangs-Saale und dankte ihnen mit den Worten: „Ich danke Ihnen nochmals meine Damen. Dies sind die ersten Blumen, die mir auf vaterländischem Boden gereicht werden und ich hoffe, daß sie mir eine glückliche Vorbedeutung für meine Zukunft sein werden.“ — Jetzt trat der Prinz freundlich grüßend auf den Balkon und wurde von dem auf dem Plage versammelten Volke nochmals mit einem freudigen Hurrah empfangen, welches sich bei seiner Abfahrt auf allen Straßen wiederholte. (Elberf. Z.)

Magdeburg, 6. Juni. Nachdem heute Vormittag gegen 11 Uhr Ihre königl. Hoheiten die Frau Prinzessin von Preußen, Prinz Friedrich Wilhelm und Prinzessin Louise, von Potsdam hier eingetroffen waren, langte Nachmittags 4 Uhr, von Hannover kommend, Sr. königl. Hoheit der Prinz von Preußen hier an und wurde von den Civil- und Militärbehörden, den Chargirten der hiesigen Bürgerwehr und der Schützen, und von Abtheilungen der Bürgerwehren der umliegenden Ortschaften feierlich empfangen. Die prinzhliche Familie wird, wie wir hören, erst morgen nach Potsdam weiter reisen. (Magdeb. Z.)

Krieg mit Dänemark

— Aus dem Schleswig-Holsteinischen, 4. Juni. Gestern früh zog das preussische Heer wieder nordwärts, das Hauptquartier des General Wrangel bleibt aber bis auf Weiteres in Flensburg. Die schleswig-holsteinische Armee zog von Norden nach Angeln, woselbst sie cantoniren wird. Apenrade ist schon von den Dänen verlassen, und die Concentrirung der Streitkräfte deutet auf eine ernste Wendung der Dinge. 3 Bataillone Hannoveraner, 2 Bataillone Braunschweiger und die noch zurückgebliebenen 2 Compagnien vom Hamburgischen Contingent (jezt die ganze Garnison von 1001 Mann mobil) werden dieser Tage hier ankommen. Das preussische Heer wird durch das baldige Eintreffen des zweiten Garde-Regiments, das in Potsdam steht, verstärkt. Es kommen mir so eben mehrere Blätter zu Gesicht, die aus „zuverlässiger Quelle“ wissen wollten, daß am 2. d. ein dänischer Seeoffizier, welcher mit der Kriegs-Fregatte „Geper“ am Flensburger Hafen liegt, ans Land gekommen sein soll und dem General Wrangel wichtige Mittheilungen aus dem dänischen Hauptquartier überbracht habe. Ich kann Ihnen mit Bestimmtheit mittheilen, daß weder ein Parlamentair noch ein Seeoffizier in Flensburg gewesen, und es beruht das Ganze auf einer Unwahrheit. Zum Schutze des Flensburger Hafens, da dänische Kriegsfahrzeuge um die Stadt kreuzen, werden jezt Verschanzungen aufgeworfen und der Eingang in den Hafen durch eine Batterie von zwei 84pfündigen Bomben-Kanonen und zwei 24pfündige Kugel-Kanonen gesichert. Wo es den Dänen an den Grenzmarken Nordschleswigs gelang, wurde neben ihrer eigenthümlichen Menschenaperei noch kriegsfähige Leute vom 20. Jahre an gewaltsam ausgehoben. Von der im Lügumkloster zum Schutze der dortigen Beamten zurückgelassenen Truppenabtheilung wurden, durch Verrath dänischgesinnter Bauern, 20 Mann von dänischer Kavalerie gefangen genommen. Unsere noch bestehenden Freikorps werden von nun in die Linie aufgenommen und in jeder Beziehung als Soldaten betrachtet werden. Die flüchtigen Haderselebener werden noch dieser Tage in Rendsburg erwartet; Alles ist gespannt, ob sie aus Frankfurt etwas Tröstliches über die Untrennlichkeit der Herzogthümer Schleswig und Holstein mitbringen werden. Wir wollen das Beste hoffen.

Rendsburg, 5. Juni. Auf dem Kriegsschauplatz ist in den letzten Tagen nichts vorgefallen. Die beiderseitigen Vorposten stehen sich auf Sundewitt einander gegenüber, die unsrigen, d. h. jezt die preussischen, nicht so weit vorgerückt, wie früher die des 10. Corps. Heute hat die große Heerschau bei Bau statt, zu Ehren des Geburtstages des Königs von Hannover, an der auch die preussischen Truppen Theil nehmen werden. Flensburg ist am Nachmittage des 3. durch das rasch nach einander erfolgte Erscheinen zweier dänischer Parlamentaire in große Spannung versetzt worden, die sich zum Theil in nicht geringe Angst verwandelte, als sich die Kunde verbreitete, es sei von den Dänen ein Bombardement der Stadt angekündigt worden. (Vergl. den vorangehenden Artikel.) Das war zwar direct nicht der ostensibele Auftrag, den die Parlamentaire auszurichten hatten, sondern dieser beschränkte sich auf die einfache Anzeige, daß im Falle eines Bombardements man dänischer Seits die Schonung der Lazareth nicht garantiren könne, doch solle eine Stunde vor dem Beginne desselben die gehörige Anzeige gemacht werden. Man will seitdem eine beschleunigte Wegschaffung der Kranken aus den Lazarethen bemerkt haben. Indessen sind die leichteren Kranken schon seit langer Zeit, so wie es irgend anging, nach den südlichen Lazarethen transportirt worden. Wenn es den Dänen wirklich Ernst ist mit ihrer Drohung, so sind die schweren Geschütze, 84- und 24pfünder, am Sonnabend zu rechter Zeit angelangt, um zur Verstärkung der bisher bloß aus Feldgeschützen bestehenden Strandbatterien im Norden der Stadt verwandt zu werden. Für die Nachsendung des zweiten Parlamentairs wird als Grund das lange Ausbleiben des ersten angegeben, der General Wrangel nicht zu Hause getroffen zu haben scheint. Ob die Inspektion der Armee wirklich nur den angegebenen Grund habe, werden wir bald erfahren. Die Ausheilung einer in Zwieback, Speck und Branntwein bestehenden Proviantzulage möchte auf eine etwanige längere Anwesenheit der Truppen von ihren Quartieren deuten.

Nachrichten aus Tondern vom 3. Juni war dort am 3. Juni Nachmittags durch eine Dragoner-Ordonnanz die Meldung eingegangen, daß 40—50 dänische Dragoner in Lügumkloster eingerückt wären und mehrere 100 hätten nachfolgen sollen; als die Ordonnanz Lügumkloster verließ, sei die Vorspitze der Feinde schon in dem Flecken gewesen. Bald nachher kam durch flüchtende Einwohner die weitere Meldung, daß 4—500 feindliche Dragoner dieselbe besetzt hätten. In

Tondern ließ darauf der kommandirende Officier die transportablen Kranken und die Bagage nach Flensburg schaffen, übrigens die Thore und Ausgänge der Stadt durch die ihm zu Gebot stehende Compagnie Infanterie besetzen. Bald nachher erschien dort die 2. Escadron des 2. schleswig-holsteinischen Dragoner-Regiments, wovon eine Patrouille von 40 Mann sofort wieder Lügumkloster besetzte. Das letzte feindliche Detachement verließ den Ort, wie diese eintückten. Zu heute (5. Juni) ward eine starke Recognoscirung von unserer Seite nach Tondern hin erwartet. Es sind auch schon in der Nacht vom 3. auf den 4. ein Infanterie-Bataillon und ein Dragoner-Regiment von Flensburg, wahrscheinlich zu dem Zwecke, abgegangen.

Kopenhagen, 4. Juni. Das russische Dampfschiff „Chrab“ führt nach der Berlingschen Zeitung zwei Bombenkanonen von dem furchtbaren Kaliber von 120pfündigen Kugeln. — Großfürst Konstantin hat am 2. Juni die Stadt verlassen und sich am Bord der Fregatte „Pallas“ begeben, die um 2 Uhr, unter Salut von Kriegsschiffen und Batterien, die Anker lichtete. General-Gouverneur und Marineminister, Fürst Menschikow, bleibt hier, man sagt, wegen der erwarteten russischen Flotte.

Die Condemnirungen in erster Instanz sind jezt gestern in vollem Gange. In fernem Verfolge des Aufbringungs-Reglements ist die Besatzung der condemnirten Schiffe auf zwei nach den Drei-Kronen-Batterien hinausgelegte Gefangenschiffe gebracht worden. An eine friedliche Ausgleichung ist nicht zu denken, indem weder die hiesige Stimmung noch das Programm des jeztigen Ministeriums sie zuläßt. Den Rückzug der Preußen schreibt man hier hauptsächlich russischen Noten an Preußen zu, und offiziell hat noch nirgends verlautet, daß uns in diesen irgend welche Bedingungen vorgeschrieben worden sind. Auf ein einziges Deutschland hätten aber solche Noten nicht wirken können, und so komme ich denn wieder dahin, daß die Uneinigkeit Deutschlands unser bester Alliirter ist. Auch hat der Besuch des Großfürsten Konstantin und des Prinzen Oscar in der verfloßenen Woche und die Gewißheit gegeben, daß russische und schwedische Flotten schon in der Ditsen kreuzen, während sich nun auch Norwegen energisch angeschlossen und England das Geschehene genehmigt hat, welches aus dem norwegischen Comité-Bedenken hervorgeht. Die Stimmung hier hat sich dadurch wieder so sehr gehoben, daß man es gerne gesehen, wie wir den Kampf im Sundewittschen nicht ausgefegt haben, bis im Laufe dieser Woche die ersten Schweden landen werden. So ist man fortwährend nur auf blutige Entscheidung gefaßt, und will das große Deutschland jezt mit dem Norden Frieden, so muß es sich denselben erkämpfen, nicht aber durch Brandschatzungen Alles gegen sich aufbringen.

Christiania, 30. Mai. Heute hat der Storting den Antrag: „die norwegischen Linientruppen und Ruderflotille, wie Se. Majestät der König es nothwendig findet, zur Theilnahme an der Vertheidigung Dänemarks gegen den Angriff des deutschen Bundes und Preußens und zum Schutze der gegenwärtigen und zukünftigen Interessen zu verwenden und zu den dadurch nothwendig gewordenen Ausgaben außerordentlich eine Summe von 260,000 Species zu bewilligen,“ einstimmig angenommen. Durch die Motivirung dieses Antrages in dem Gutachten des Prüfungs-Ausschusses tritt indeß dieses Votum erst in sein rechtes Licht. Das Comité ersieht aus den von der Regierung mit beigelegten Aktenstücken, daß die schleswig-holsteinische Frage und die künftige staatsrechtliche Stellung des Herzogthums Schleswig als die vereinigten Reiche Schweden und Norwegen nicht angehend betrachtet bleibt, und nur die nordische Frage, insofern der deutsche Bund die offenbare Absicht zeigt, sich eines Theils des eigentlichen Dänemarks zu bemächtigen, in Betracht kommt. Insofern bedroht der Krieg, nach dem norwegischen Gutachten, nicht nur Dänemark, sondern auch die wichtigen Interessen Schwedens und Norwegens, und können diese Reiche nicht der Verkleinerung oder der Vernichtung Dänemarks ruhig zusehen, da die deutsche Eroberung dänischer Eilande das bestehende politische Gleichgewicht zwischen den nordischen Staaten störe und in Zukunft ein für die Wohlfahrt und Sicherheit Schwedens und Norwegens bedenkliches Uebergewicht erzeuge. Der König habe dem Storting erklärt, daß er Noten mit den Höfen von Berlin, London, St. Petersburg u. s. w. gewechselt und die Gewißheit habe, daß das bewaffnete Auftreten der vereinigten Reiche zur Vertheidigung der dänischen Grenzen gegen einen deutschen Angriff nicht die freundschaftlichen Verhältnisse mit England und Rußland störe, und diese beiden Mächte, welche beide

den Besitz Schleswigs an Dänemark garantirt,*) die Wünsche des Königs Oscar zur Beilegung der bestehenden Streitigkeiten theilten und kräftig zum Abschluß eines wünschenswerthen Friedens mitwirken wollten: ferner habe der König mitgetheilt, daß er im außerordentlichen Staatsrath beschlossen, daß er aus Vorsorge für der vereinigten Reiche Ehe und eigne Interessen dem Könige von Dänemark die verlangte Hilfe in der Art bewillige, daß die dazu ausgerüstete Flotte auslaufe und den marschfertigen Theil des schwedischen Heeres auf die dänischen Inseln überführe, um dort, so weit die Umstände und die eingeleiteten diplomatischen Unterhandlungen es erfordern, zur Vertheidigung Dänemarks beizutragen: weil außerdem der König in der Beschaffenheit des Krieges eine Aufforderung finde, sich auf alle möglichen Begebenheiten vorzubereiten: In Betracht alles dieses: weil die Nation vertrauen könne, daß der König, was nur in seiner Macht stehe, mit Beistand der fremden Mächte thun werde, die Sache auf friedlichem Wege rasch zu erledigen, und weil Nichts in den vorgelegten Aktenstücken vorliege, daß eine weitere Annäherung und ein bedenklich feindliches künftiges gegenseitiges Schutz- und Trugbündniß vorbereitet und eingeleitet werde: und weil endlich die schwedischen Stände bereits die nöthigen Mittel bewilligt, da Schwedens und Norwegens Interessen in diesem Falle als gleich betrachtet werden können: und weil die Verweigerung der königlichen Anträge das Bruderbündniß zwischen den Reichen zu bedenklich schwächen würde: so beantragt das Comité die Bewilligung der königlichen Anträge.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 5. Juni. In der heutigen zwölften Sitzung der deutschen National-Versammlung ist auf von Auerwald's Anregung beschlossen worden, wegen Dringlichkeit der Sache sofort einen Ausschuss durch die Abtheilungen niederzusetzen, welcher beauftragt ist, Untersuchung über die Wehrfähigkeit (in Deutschland) und deren Verbesserung anzustellen, den Zustand der Sicherheit Deutschlands nach außen zu erwägen, die Organisation der Volkswehr und deren stets mögliche Verwendung in Berathung zu ziehen und beschleunigten Bericht zu erstatten. Der Ausschuss hat die Ermächtigung zur Vernehmung von Sachverständigen u. c. ertheilt. Auf Höffen's Vorschlag wurde sodann der Legitimations-Ausschuss beauftragt, die Wahl-Angelegenheiten in dem zum deutschen Bunde gehörigen, von Deutschen und Slaven bewohnten Provinzen, wo die Wahlen verweigert sind, zu untersuchen. Bezüglich Limburgs wurde beschlossen, die beiden Abgeordneten (der zweite ist gleichfalls angekommen) zuzulassen und den Central-Wahl-Ausschuss mit der Aufforderung zum Eintritt zu beauftragen, die Frage über die staatsrechtlichen Verhältnisse von Limburg dem Ausschuss für die völkerrechtliche Fragen zu überweisen. Hinsichtlich der posener Wahlen wurde auf des Präsidenten Vermittelungs-Vorschlag beschlossen, die Frage über die eidgültige Zulässigkeit der Abgeordneten an den Ausschuss für völkerrechtliche Fragen zur Begutachtung zu weisen. (D. P. A. Z.)

Freiburg, 3. Juni. Unter den Papieren, welche dem hiesigen Obergerichte vorliegen, um über die republikanische Schilberhebung zu urtheilen, befinden sich einige Originalien, welche ein ganz besonderes Licht auf mehrere Hauptpersonen dieser Bewegung werfen. Nach dem Gefechte bei Borsenbach wurden auf dem Bagagewagen der Pariser deutsch-republikanischen Legion, auch bei dem gefallenen Bataillonsführer Reinhardt Schimmelpennin mancherlei Papiere gefunden, welche über das Beginnen der Partei Manches aufhellten. So fand sich dort unter Anderm ein Schreiben von Aachen, worin über die Bildung der provisorischen Regierung der deutschen Republik folgende Propositionsvorschläge gemacht wurden. (Man ersieht hieraus, die Herren dachten gleich an die Stellen.) Leitendes Comité der neuen Regierung aus acht Personen: Präses: Jekstein, die H. H. Struve, Hecker, Robert Blum, Georg Herwegh (jezt für immer selbst in seiner Partei annullirt), Graf Reichenbach aus Schlesien und A. v. Bornstedt. Die Verwaltung der innern Angelegenheiten sollte übertragen werden an Struve, Blum und Hecker nebst einem Beirath von Fidler aus Konstanz, Advokat Titus aus Bamberg u. c. Die Militärangelegenheiten sollten durch den Freischaaersführer und Kom-

*) Bekanntlich ist Frankreich und nicht Rußland, neben England, der Mittheilnehmer an dieser Garantie, deren gänzliche Nichtbedeutung für die dänische Incorporirung Schleswigs alle deutschen Staatsrechtslehrer und noch zuletzt Bunsen in seiner bekannten Denkschrift nachgewiesen. Diese Garantie war gerade gegen Schweden und die Holstein-Gottorpschen Ansprüche gerichtet und erst 1773 entsagte der Großfürst Paul von Rußland diesen Ansprüchen, gegen welche gerade die Garantie Frankreichs und Englands gerichtet war. (Börsen-Halle.)

munisten Becker, Karl Heinzen und Corvin-Wiersbicki geleitet werden. Dieser letztere noch sehr unbekannte Name ist der eines ehemaligen preussischen Offiziers, der, irre ich nicht, mit Heide eine 16 Bände starke deutsche Volksgeschichte schrieb und zuletzt in der Pariser deutschen Legion Chef des Generalstabs war. Was sagen Sie zu diesem Kriegsministerium? Driginell wenigstens! Für Norddeutschland sollten besondere Vollmachten erteilt werden an Graf Reichenbach für Schlesien, an Ludwig Eichler, Eduard Meyen in Berlin, Jung, Berends u. Für die Rheinprovinzen sollten Vollmachten erhalten die H. v. Ester, Stadtrath und Advokat in Köln, Dr. Gottschalk, der bekannte Chef der Arbeitergesellschaft daselbst, und Dr. Karl Marx, jetzt wieder Redakteur einer neuen rheinischen Zeitung. Von den Oesterreichern wird Dr. Häfner genannt. Die Leitung aller auswärtigen Angelegenheiten sollte A. von Bornstedt allein anvertraut werden. Man ersieht aus dieser Liste, daß fast alle Personen, welche an der Spitze der radikalen Parteien und Coterien stehen, bedacht waren, auch mehrere Kommunisten. Dem alten Vater Thierstein scheint die Rolle eines Präsidenten aus Etiquette zugebach worden zu sein. Daß man dem Hrn. von Bornstedt die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten allein und ohne Beirath übertragen wollte, ist in gewisser Hinsicht noch das minder Auffallende, da Bornstedt in diesem Fache wegen langjährigen Aufenthalts im Auslande volle Praxis und Erfahrung haben mag; aber daß diesem Manne die auswärtigen Angelegenheiten allein übergeben werden sollten, ist wieder ein Beweis, wie man Deutschlands auswärtige Politik dem französischen Einflusse überliefern wollte, denn bekanntlich steht Bornstedt mit allen Pariser Parteien in sehr genauer Verbindung. Die Gerichtsverhandlungen hier in Freiburg werden erst Ende dieses Monats beginnen können, da die Arbeiten der Voruntersuchung ungeheuer sind. Dieser Monsterprozeß wird viel Neugierige herbeiziehen. Man hat die Pariser deutschen Legionäre, einige Hundert an der Zahl, selbst die einfachen Soldaten nicht schon jetzt freilassen können, weil noch zu viel Agitation in Deutschland und es gefährlich wäre, solche Arbeiter, die sehr fanatisirt sind, jetzt unter Volk zu lassen. Nach dem Urtheilsprüche werden wohl einige Hundert frei kommen, die Chefs verdienen aber eine ernste Aktion. (D. A. Z.)

Hohenzollern-Hechingen. Das Verordnungsblatt enthält eine neue Verfassung des Fürstenthums. Dasselbe ist danach in seinem derzeitigen Gebietsumfange ein souveräner Staat des deutschen Bundes. Die Regierungsform ist die durch die höheren organischen Bundesbeschlüsse und die Verfassung beschränkte monarchische. Das Einkammersystem ist gültig. Der letzte Paragraph lautet folgendermaßen: „Gegenwärtige Verfassung wird unter die Garantie des deutschen Bundes gestellt und hat in solange gesetzliche Geltung, bis von dem Reichstag zu Frankfurt allgemeine grundgesetzliche Bestimmungen getroffen sein werden.“ (Schwäb. M.)

Kassel, 3. Juni. In der gestrigen Sitzung der Ständerversammlung wurde ein Antrag auf Verminderung der Hofdotations gestellt. Der Antrag weist im Eingange auf den allgemeinen Nothstand hin, bezeichnet die nothwendigsten Ermäßigungen die dem Volk bewilligt werden möchten und die vorzunehmenden Verbesserungen und Unterstützungen. „Sucht man (fährt er dann fort) die Ursache der allgemeinen Verarmung des sonst nicht mittellosen Landes zu ergründen, so springt unter andern der Grund in die Augen, daß seit 17 Jahren dem Lande enorme Summen dadurch entzogen wurden, daß der verstorbene Kurfürst Wilhelm II. das Aufkommen des s. g. Hausvermögens von etwa jährlich 400,000 Thl., mithin die enorme Summe von 6,800,000 Thl. im Auslande verzehrte, von welcher Summe nur wenig oder gar nichts in's Land zurückgekommen sein mag. Die Zeit der Mitregentschaft Seiner königl. Hoheit des jetzigen Kurfürsten hat nun den Beweis geliefert, daß, um eine fürstliche Hofhaltung zu führen, nicht gerade 700,000 Thl. nöthig sind, da der Hof bis dahin nur 355,000 Thl. empfangen und hiervon, wie man hört, noch große Summen, monatlich 12,000 Thl., mittelst Anlegung in der Landesbankasse erübrigt hat. Die jetzige Zeit erheischt eine Umgestaltung aller bisherigen Verhältnisse und insbesondere Opfer von jeder Seite. Die größten Opfer werden aber von Denjenigen gebracht werden müssen, die am meisten besitzen. Von einem Fürsten, der sein Volk wahrhaft liebt, läßt es sich erwarten, daß er mit Darbringung von Opfern vorangehe, und wir sind daher der Ansicht, daß es nur des Wunsches der Vertreter des Landes bedürfen wird, um Se. kgl. Hoheit den Kurfürsten zur Darbringung eines solchen Opfers auf den Altar des Vaterlandes bereit zu finden. — Wir hoffen dies um so mehr, als in der Vereinbarung über die Hofdotations vom 20. Dezember 1830, unter IV. Nr. 6 ausdrücklich vorgesehen ist: „daß bei eintretenden Kalamitäten und bei anderen ungewöhnlichen Ereignissen, welche eine Verminderung der Staatseinkünfte aus den Domänen, Bergwerken u. s. w. zur Folge hatten, eine verhältnismäßige Minderung der Dotationssumme für die betreffende Zeit

hulbreichst zugestanden werde.“ — Wir stellen daher den Antrag: „Se. königl. Hoheit den Kurfürsten unter Darlegung dieser und der sonstigen, das Vorhandensein einer solchen Landeskalamität kundgebenden, Verhältnissen zu erfuchen, auf den Zuschuß zu Seiner Civilliste, für dieses Jahr mit 355,000 Thl. zu verzichten.“ (Folgen die Unterschriften.) (F. Z.)

Leipzig, 5. Juni. Die Studierenden hatten durch eine Deputation dem Herrn Cultus-Minister das Gesuch aussprechen lassen, er möge die bevorstehende Reorganisation der Leipziger Universität in möglichster Uebereinstimmung mit der Neugestaltung der übrigen deutschen Universitäten vor sich gehen lassen. Herr v. der Pfordten hat eine ganze Zustimmung zu den Wünschen der Studierenden ausgesprochen, indem er den Abgesandten bemerkt hat, daß die bisher ergriffenen Maßregeln nur nothwendige Abstellungen unbestrittener Uebelstände gewesen wären; daß aber zu einer gemeinsamen einheitlichen Reorganisation der Universitäten die deutschen Regierungen sicher die Hand bieten würden. (Leipz. Z.)

Leipzig, 6. Juni. Gestern ist hier eine Deputation der Siebenbürger Deutschen, bestehend aus Dr. Gelich und drei Studierenden, über Breslau und Berlin hier angelangt, um in einer Studentenversammlung die deutsche akademische Jugend aufzufordern, der fernem Brüder im Osten in den Tagen der Noth und der Gefahr nicht zu vergessen. Möchten ihre Worte nicht fruchtlos verhallen, und Deutschland sich der lange vernachlässigten Söhne im fernen Lande mit Rath und That getreulich annehmen. Die Herren werden in gleicher Absicht ihre Reise über Halle, Jena nach Frankfurt fortsetzen, um, so viel in ihren Kräften liegt, auch dort für ihre, die deutsche Sache zu wirken. (D. A. Z.)

Hamburg, 3. Juni. Das Resultat des heutigen Marine-Kongresses war die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus den Kommissarien der Küstenstaaten und 2 Comité-Delegirten für jeden Staat, welche die näheren formellen Vorschläge und den Entwurf eines allgemeinen Planes für die energische Entwicklung der deutschen Marine ausarbeiten soll.

Oesterreich.

Wien, 7. Juni. Die heutigen Wiener Zeitungen enthalten folgendes Manifest:

An die getreuen Einwohner meiner Residenz!
Die Stadt Wien hat zuerst und bald darauf haben die Abgesandten Meines ganzen Reiches dankbar anerkannt, daß es Mir in den denkwürdigen Märztagen heiliger Ernst und zugleich die Meinem Herzen und Meiner unbegrenzten Liebe zu Meinen Völkern befriedigendste That Meines Lebens war, als Ich ihren Wünschen durch eine den Zeitbedürfnissen angemessene, im weitesten Sinne des Wortes freisinnige Verfassung entgegen kam. — Das Glück Meiner Völker ist auch Mein Glück, und allein von diesem Gefühle geleitet, habe Ich nach dem Antrage Meiner Räte, die am 25. April kundgemachte Verfassung verliesen. — Mit derselben habe Ich den Forderungen der Zeit, den Bedürfnissen der einzelnen Provinzen, der vorwiegenden Meinung Meines Volkes — welche, im Wege des Gesetzes geltend gemacht, Mich jederzeit in Meinen Befehlen bestimmen wird, nicht vorgreifen wollen. — Meine Ueberzeugung jedoch, daß die von Mir erteilte Verfassungsurkunde den allgemeinen Erwartungen genügen werde, ist durch die in den verschiedenen Provinzen aufgetauchten Beforgnisse für die richtige Auffassung und Würdigung ihrer nicht unwesentlichen besondern Verhältnisse, so wie durch die am 15. Mai d. J. in Wien vorgefallenen Ereignisse erschüttert worden. — Ich habe daher am 16. Mai keinen Anstand genommen, den nächsten Reichstag als einen konstituierenden zu erklären, und die damit im Einklang stehenden Wahlen zuzusichern. — Die Art und Weise, wie Ich hiezu veranlaßt worden bin, hat Mich tief verlegt. Die öffentliche Meinung in ganz Europa hat sich darüber einstimmig und im höchsten Grade mißbilligend ausgesprochen. — Allein die Sache selbst birgt bereit festzuhalten, weil Sie Mir die Bürgschaft gewährt, daß die Verfassung, welche Meinem Reiche geistige und materielle Macht verleihen soll, in ihren Grundlagen wie in ihren Einzelheiten ein Werk des gesetzlich ausgeprägten Gesamtwillens sein werde, mit welchem Hand in Hand zu gehen Ich fest entschlossen bin. — Mein sehnlichstes Verlangen — und Ich bin überzeugt, daß Ich es nicht vergebens ausspreche, — ist nunmehr, daß die baldige Eröffnung dieses Reichstages in Wien, dem Sitze Meiner Regierung möglich werde. — Soll aber diese Eröffnung an keinem andern Orte und bald zu Stande kommen, so ist es unerläßlich, daß in den Mauern Wiens ungetrübte und fest begründete Ruhe und Ordnung herrsche, und daß den Abgeordneten der Provinzen für die Freiheit ihrer Beratungen vollkommene Sicherstellung gewährt und verbürgt werde. — Ich darf daher von den Einwohnern Wiens erwarten, daß sie Alles aufbieten werden, damit die gesetzliche Ordnung in jeder Beziehung wieder eintrete; Ich erwarte, daß alle persönlichen Feindschaften aufhören, und unter allen Bewohnern Wiens der Geist der Veröhnung und des Friedens allein vorherrschen werde. — Mit väterlichem Wohlwollen stelle Ich diese Forderungen an die gesammte Bevölkerung Wiens, und baue auf deren Erfüllung, denn Ich werde den Tag preisen, wo Ich mit der Eröffnung des Reichstages zugleich das freudige Wiedersehen der Meinem Herzen noch immer theuren Wiener feiern kann.

Jansbruck, den 3. Juni 1848.

Ferdinand m. p.

Wessenberg m. p.

Dobbihoff m. p.

**** Wien, 7. Juni.** Seit vorgestern genießen wir eine ziemlich behagliche Ruhe auf den Straßen. Jetzt erst sieht man, wie leer sie geworden sind. Alle Palläste und Villen in der Umgebung sind verfallen. Die Angst, wie Graf Hopos, als Geißel zurückgehalten zu werden, hat den ganzen Adel und die meisten Reichthümer verjagt. Alle Magazine und Gewölbe stehen leer

und in den Vorstädten nimmt die Noth grauenhaft überhand. Die Jugend in der Aula jubelt fort, und die Verbrüderungsfeste und Serenaden folgen sich täglich. — Die heute an den Mauerecken angeschlagene Proklamation des Kaisers aus Innsbruck, welche seine Rückkehr bei Eröffnung des Reichstages verkündet, (s. oben) hat bis Abends so ziemlich günstigen Eindruck gemacht. Wessenberg hat sein Programm bei Sr. M. dem Kaiser durchgelesen. Er hatte die in obiger Proklamation erscheinenden Bedingungen für den Monarchen und die Reichstände gestellt. Graf Stadion, der designirte neue Minister-Präsident, der mit Wessenberg Hand in Hand gehen will, ist gestern hier eingetroffen. Allein seit acht Tagen wird er durch die polnische Faktion, die hinter der Aula steckt, mittelst der Presse in den gelesesten Journalen schon so diskreditirt, daß wir seinem Ministerium mit Zaghaftigkeit entgegensetzen.

* Die „Oesterreichische Zeitung“ enthält ein Schreiben des Ministers des Innern an sämtliche Länderchefs, welches mit anerkennenswerther Offenheit und Freimuth über das Verhalten der letztern bei den Wahlen sich ausspricht. Sie sollen sich jedes Einflusses auf dieselben enthalten, was indeß die Nothwendigkeit nicht ausschließt, die Wahlmänner insbesondere auf dem flachen Lande über die hohe Wichtigkeit der Wahlen mit aller Offenheit zu belehren, und sie über die wichtigen Aufgaben, welche demnächst zu lösen sein werden, aufzuklären. Ueber die Gewählten wünscht der Minister möglichst schnelle Benachrichtigung, jedoch ohne im Geringsten in die Verhältnisse des Privatlebens einzubringen. Erst aus dem Resultate der Berathung über die Verfassung, könne die Beantwortung der Frage hervorgehen, ob dieser constituirende Reichstag sich auch mit andern Gegenständen der Gesetzgebung u. c. werde beschäftigen können. Der Minister führt nun eine Reihe von Gesetzen an, deren Dringlichkeit er anerkennt, u. A. ein Finanzgesetz, ein auf möglichst breiter Basis ruhendes Gemeindegesetz, Gleichstellung aller Nationalitäten, gänzliche Umgestaltung der ständischen Institutionen in den Provinzen, ferner über Wehrpflicht, Schwurgerichte, Stellung der Nationalgarde, Aufhebung der Verschiedenheit der politischen Rechte nach dem Religionsbekenntniß u. c. Zugleich zeigt der Minister an, daß mehrere dieser Gesetzentwürfe bereits zur Berathung vorliegen. Schließlich fordert er die Länderchefs auf, den Wahlmännern u. c. auf Befragen Gelegenheit zur Belehrung über den Umfang der Aufgabe des Reichstages zu geben, ohne jedoch dabei eine eigene Meinung über die Richtung der Lösung derselben zu äußern oder eine solche der Regierung unterzustellen.

Prag, 6. Juni. Die hiesige Zeitung enthält folgende Proklamation: „Der Minister des Innern, Freiherr v. Villersdorff, hat mit Erlaß vom 1. Juni gegen die Bildung einer provisorischen Regierung in Prag Protest eingelegt, dieselbe für null und nichtig erklärt, und mich aufgefordert, ihr wenigstens bis zur Entscheidung Seiner Majestät keine Folge zu geben. Er hat mich zugleich für alle Folgen und Nachtheile, welche daraus entstehen können, verantwortlich gemacht, und diese Verantwortung auf alle diejenigen ausgedehnt, welche an dem von ihm ungesetzlich erklärten Schritte Theil genommen haben, so wie auf alle Behörden und Staatsdiener, welche demselben Folge geben, und mich beauftragt, seine Verwahrung bekannt zu machen. — Laut meiner Kundmachung vom 29. Mai d. J. hat der provisorische Regierungsrath, von dessen Bildung ich Seiner Majestät sogleich die allerunterthänigste Anzeige erstattet habe, bis zur allerhöchsten Entscheidung nur die Bestimmung, über solche den Wirkungskreis der Landesstelle überschreitende innere Landesangelegenheiten zu entscheiden, welche durch die außerordentlichen Verhältnisse in Folge der Ereignisse in Wien unverschieblich werden dürften. Die Bildung derselben hat daher die Stellung der Landesbehörden in keiner Weise verändert, und eine Verantwortung kann demnach nicht die mir unterstehenden Behörden, sondern nur allein mich treffen. — Diese Verantwortung trage ich mit ruhigem Bewußtsein, nachdem diese außerordentlichen Maßregel, ehe sie die Genehmigung Seiner Majestät im verfassungsmäßigen Wege erhält, nur erst dann in Wirklichkeit treten würde, wenn die Folgen der verfassungswidrigen Vorgänge in Wien es durchaus unmöglich machen sollten, daß die Landesregierung, deren Leitung mir anvertraut ist, sich nur in der streng gesetzlichen Bahn bewege. — Prag, den 4. Juni 1848. Graf Leo Thun, k. k. Subarnial-Präsident.“

Bemberg, 1. Juni. Heute früh wurden wir durch einen Maueranschlag der Naba-Narodowa überrascht, worin sie vor einem vom Böswilligen beabsichtigten Aufstand warnt, der jetzt gar nicht an der Zeit sei. — Die Nationalgarde und Akademie trat sogleich ins Gewehr, bis jetzt (Mittag) ist es in der innern Stadt vollkommen ruhig, doch spricht man, daß in den Vorstädten sich viel Volk zusammenrotte. Andere vermuthen wieder eine ruthenische Demonstration, gewiß ist, daß seit einigen Tagen die ruthenischen Kokarden, blau und gelb, stark getragen werden.

SS Pesth, 5. Juni. Zur großen Freude unserer Stadt kam gestern der Vizekönig Erzherzog Stephan

hier an. Der Premierminister Graf L. Batthyany begegnete ihm auf dem Wege und setzte seine Reise weiter nach Innsbruck fort. Es bestätigt sich, daß der Ban von Croatien ebenfalls zum König beschieden worden ist. Die Freude der Ungarn über das königliche Versprechen, daß der König eine Zeitlang in Ungarns Hauptstadt residieren wolle, ist bedeutend heruntergestimmt worden, seitdem man erfahren, daß ein Gleiches den Böhmen zugesagt ist, und zwar in weit herzlicheren Worten als den Ungarn. — Heute sollte in Agram die Landeskongregation der sogenannten Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien, ein Seitenstück des Prager Slavonienkongresses, eröffnet werden. Da aber der Ban nach Innsbruck gereist ist, so dürfte die Eröffnung verschoben sein. Auch soll der König, wie wir hören, die vorläufige Unterlassung dieser Kongregation befohlen haben.

Italien.

SS Rom, 27. Mai. Diesen Morgen ward eine Adresse des neuen Ministeriums an den Papst officiell bekannt gemacht, welche ihm die Rolle genau anweist, die er als Friedensvermittler zwischen Oesterreich und Italien einnehmen muß, wenn er in dieser Angelegenheit im Einverständnis mit dem Volke zu handeln gedenkt. Der bemerkenswerthe Schluß derselben lautet: „Italien, h. Vater, haßt die deutsche Nation nicht, es ehrt und liebt (?) sie viel mehr. Wir bauen, daß sie einen Theil seiner Söhne zum Kampf gegen uns auszusenden. Aber sie muß über die Alpen zurückgehen, sie muß die vom natürlichen Völkerrecht vorgeschriebenen Pacte beschwören; dann wollen wir eingedenk der christlichen Liebe, die Euer Heiligkeit durch die Autorität des Beispiels lehrt und besiegelt, unsere Feinde umarmen und sie Brüder heißen.“ — Nach diesen Vorgängen will Pius IX. mit Zustimmung der streitenden Parteien einen Legaten nach der Lombardei schicken, welcher die geeigneten Unterhandlungen eröffnen soll. — Durch eine gestern aus Neapel hier eingetroffene Ekfette erhielt das päpstliche Ministerium die officiellen Nachrichten, General Pepe habe ungeachtet der politischen Wirren in der Stadt Neapel aufs neue den Befehl empfangen, mit seinem Armeecorps von Bologna aus weiter in die Lombardei vorzurücken.

Frankreich.

* Paris, 4. Juni. Der Moniteur bringt heute folgende Verordnungen der Vollziehungsgewalt, welche aus den Beschlüssen der Nationalversammlung bereits bekannt sind: 1) Dekret, das die Nationalalwerkstätten reorganisiert, sie der Arbeit auf Tagelohn entzieht und alle Arbeiter, welche nicht seit mindestens drei Monaten in Paris ansässig waren, fortweist. 2) Dekret, das den Gemeindebehörden von ganz Frankreich befiehlt, keinen Arbeitern mehr nach Paris Pässe zu erteilen, das seine hunderttausend Nationalarbeiter selbst nicht beschäftigen könne. Das Geld biete jetzt viele Beschäftigung dar. Man solle sie also dem Ackerbau zuwenden. 3) Dekret, das die Tuilerien unter die ausschließliche Obacht des Bürgergenerals Clemens Thomas stellt. — Der Moniteur enthält heute in seinem nichtamtlichen Theile die Antwort Lamartine's an denjenigen Theil der Bewohner Magdeburgs, der ihm seine Glückwünsche zur glücklichen Bekämpfung der Emute vom 15. Mai zugesandt hatte. „Der Rhein — heißt es darin — von den Eroberern und Kriegern beider Länder (Frankreichs und Deutschlands) so oft überschritten, soll es künftig nur noch durch die Wünsche der Vereinigung, den Handel und die Bildung (civilisation) beider Völker sein. Die Adresse, die Sie mir dafür zuschickten, daß ich am 15. Mai persönlich gegen die anarchischen Faktionen marschirt sei, ist ein neuer Beweis dafür“ u. s. w. u. s. w. — Es geht das Gerücht: der Papst habe an die Vertreter der bedeutendsten bei ihm accreditirten Nationen ein Promemoria gerichtet oder zu richten beschlossen, worin er ihnen seine Absicht kund thue: die weltliche Herrschaft des Kirchenstaates von der geistlichen zu trennen und den Römern eine ächt volkshümliche, rein weltliche Verfassung zu geben. — Die Börsewelt ist aufs Höchste auf die Vorlagen des Duculischen Expropriationsgesetzes aller Eisenbahnen gespannt. Rothschild soll dieses Gesetz als den infamsten Angriff gegen das Privateigenthum ... als die erste Stufe der Jakobeleiter zum Himmelreich des Kommunismus erklärt haben! Soviel ist sicher: die ökonomischen Fragen beherrschen alle übrigen. Paris ist fest entschlossen, dem leeren Wort Republik zuliebe nicht länger zu darben. — Aus Algerien erfahren wir, daß Achmet Bey in Constantine eine Rebellion angezettelt hatte, deren Zweck auf nichts Geringeres hinauslief als die Stadt anzuzünden, zu plündern und die Franzosen niederzumekeln. Der Plan wurde jedoch bei Zeiten verrathen. — Die sämtlichen spanischen (kärstischen) Flüchtlinge, welche sich in den Süddeutschen parlements aufhalten und deren Zahl einige Blätter bis auf 8000 schrauben, haben eine Adresse an den Grafen Montemolin in London erlassen, worin sie ihm erklären, zu der Königin Isabella überzugehen, wenn er nicht bald einen entscheidenden Schlag wage. Jetzt oder nie sei der Moment zu einem Einfall in Spanien.

Spanien.

* Madrid, 30. Mai. Ferdinand v. Lesseps, Gesandter der französischen Republik, hatte die erste feierliche Audienz bei der Königin in dem Thronsaal. Lesseps reklamirte bei dieser Gelegenheit die Freilassung mehrerer Franzosen, die bei den letzten Ereignissen verhaftet wurden.

Großbritannien.

London, 3. Juni. Herr Gladstone bemerkte in der heutigen Unterhaus-Sitzung bei der Debatte über die Aufhebung der Schiffsfahrts-Gesetze in Bezug auf Preußen Folgendes: „Es ist uns nicht allein von Amerika eine freundschaftliche Aufforderung zugegangen, unsere Schiffsfahrts-Gesetze abzuschaffen, sondern auch Preußen hat uns eine solche Anzeige gemacht, von weniger freundlichem Charakter, welche ein Redner sogar als eine Drohung bezeichnet hat. Ich muß indessen offen erklären, daß ich diesen Vorwurf gegen Preußen nicht gerechtfertigt finde, so wenig ich auch ein enthusiastischer Bewunderer bin der Handels-Gesetzgebung jenes Landes während der letzten Jahre. Preußen hat angezeigt, daß es mit uns unter völlig gleichen Bedingungen handeln wolle, und im Falle man nicht darauf einging, die bestehenden Verträge aufgeben werde. Nun fürchte ich, daß es allerdings wahr sein mag, daß Preußen Angesichts dieser Verträge mit uns nicht auf gleichem Fuße stehe. Britische Schiffe können nach diesen Verträgen aus allen Häfen der Welt in preussische Häfen einlaufen, während preussische Schiffe nicht gestattet ist, in englische Häfen einzulassen, wenn sie nicht aus preussischen Häfen selbst kommen. Ist deshalb Preußen nicht vollkommen berechtigt, jene Gleichheit von uns zu fordern? Und darf man gegen Preußen und seine kommerzielle Lage in geringfügigen Ausdrücken reden, wie es ein Redner gethan hat? Man möge nicht vergessen, daß in kommerzieller Hinsicht Preußen uns eine Bevölkerung von 20 bis 25 Millionen repräsentirt, welche zu den bedeutendsten Konsumenten unserer Erzeugnisse in Europa gehören, und daß kein Handel auf der ganzen Erde für uns wichtiger ist, als der mit Preußen und den anderen Gliedern des unter seinen Auspizien gebildeten Zollvereins. (Hört! Hört!) Was den Handel betrifft, so ist Preußen eine Macht ersten Ranges. (Hört! Hört!) Was die Gerechtigkeit betrifft, so ist Preußen berechtigt, zu fordern, mit uns auf gleichem Fuße zu stehen. (Hört! Hört!) Der Tag ist vorbei, wo wir auf andere Nationen herabschauen und uns Privilegien anmaßen durften, welche wir anderen Völkern nicht zugestehen. (Beifall.) Und was endlich die Drohung Preußens anbelangt, so behaupte ich, daß, wenn Preußen beabsichtigte, seine Gesetze zu verschärfen, im Fall wir unsere Schiffsfahrts-Gesetze nicht aufhoben, dies kein unfreundschaftliches Verfahren, sondern ein offener, gerechter und freundschaftlicher Weg war, um uns eine klare und vollständige Anzeige von seinen Absichten zu machen und uns Gelegenheit zu geben, einem Uebel vorzubeugen, welches uns bei dem Beharren auf unserem gegenwärtigen Systeme unfehlbar treffen mußte.“

Schweiz.

Zürich, 30. Mai. Die Bewegung im Kanton Luzern wegen der Klösteraufhebung nimmt einen sehr ernsten Charakter an. Ueberall werden kleinere und größere Versammlungen offen und geheim abgehalten. Die Regierung schreitet nun ein, und zwar mit Verhaftungen. In Willisau, Sursee und Hochdorf wurden bei zwanzig Personen festgenommen. Die Verhaftungsgründe sind jetzt unbekannt. An Verwerfung des Klösterdekrets ist nicht zu denken, sie wäre jedenfalls das größte Beispiel der Aufopferungsfähigkeit eines Volkes zu Gunsten religiöser Institute. (S. M.)

Osmantisches Reich.

Konstantinopel, 27. Mai. Die Pforte befindet sich in diesem Augenblicke nicht in einem klaren Standpunkte. Die Ereignisse drängen aber, und wenn sie nicht bald klar sich vorzeichnet, was sie zu thun hat, so dürften die Ereignisse mächtiger werden als sie; Gerüchte reden von dem schon geschienen Einmarsche von 21,000 Mann Russen in die Wallachei, was um so viel wahrscheinlicher ist, als die Russen schon gleich damit gedroht. So viel ist gewiß, der russische General Duhamel ist als kaiserl. außerordentlicher Commissär in Bukarest angekommen. Die Pforte hat schnell ihrerseits als einen solchen ein Mitglied der Uebereinkommens-Kommission dahin gesandt. Vielleicht trifft auch Hr. Davoud dort ein, welcher wegen der stürmischen Witterung seine Reise auf dem schwarzen Meere nicht fortgesetzt hat, sondern von Parma aus nach Sizilien abgereist ist. Es ist, als wenn sich Alles vereinigte, um die Verlegenheiten der Pforte zu vermehren. (Destr. B.)

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 8. Juni. Der konstitutionelle Centralverein kam in seiner gestrigen Sitzung

bei Berathung des Verfassungsentwurfs auf die Paragraphen, welche über die Kammern handeln. Die Hauptfrage, deren Besprechung den Abend ausfüllte, war die über Prinzip und Zusammensetzung der ersten Kammer. Darüber schien in der Versammlung Einstimmigkeit zu herrschen, daß man überhaupt zwei Kammern wolle und daß die erste Kammer auf ein anderes Prinzip gegründet sein müsse, als die zweite. — Die mit der Begutachtung des Entwurfs beauftragte Commission wollte diesen Unterschied in die Wähler gelegt wissen, so daß nur diejenigen für die erste Kammer Wähler sein könnten, welche entweder einen gewissen Besitz haben oder ein Gewerbe treiben. Es erhob sich nun eine Reihe von Rednern mit sehr verschiedenen Vorschlägen für die Bildung und das Prinzip der ersten Kammer. Der Präsident, Köppl, beleuchtete die verschiedenen Garantien, welche man gewöhnlich von den Mitgliedern einer ersten für eine besondere Intelligenz, Sachkenntnis und Besonnenheit zu verlangen pflegt und zeigte das Unzulängliche und Illusorische einer jeden dieser Garantien. Nur auf einer verschiedenen Basis könne man eine erste Kammer zu Stande bringen. In einem spätern stellte er die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung, welche natürlich dem neuen Prinzip gemäß zu reformiren wäre, als eine solche Basis hin, und verlangte deshalb die Wahlen zur ersten Kammer durch die Gemeinden aller Kreis- und Provinzialstände, wogegen ein anderer Redner einwandte, daß auch dieser Unterschied illusorisch sei, indem ja dann doch dieselben Wähler zur ersten und zur zweiten Kammer wählen würden. Resonbrecht wollte die Grundorganismen der Gesellschaft, Grundbesitz, Fabrikation und Handel in der ersten Kammer vertreten wissen. Amstetter verlangt, daß der Unterschied nicht in die Wählbaren sondern in die Wähler gelegt werde. Die erste Kammer solle nicht ein conservatives, sondern ein stabiles Prinzip haben. Er ist deshalb für den Kommissionsantrag. Förster spricht gegen die Vertretung von Ständen und Interessen. Krause will, daß das Wahlrecht zur ersten Kammer durch Besitz oder Intelligenz bedingt werde. Rübiger spricht gegen die Vertretung der Stände und Sonderinteressen. Warum wolle man überhaupt nur den großen Besitz vertreten und nicht auch den Kleinen? Er will die Wahl ganz frei haben, nur mit verschiedenem Alter. Schnerer will nicht, daß die Gesetze nur von den Reichen gemacht werden, ist gegen Vertretung der Sonderinteressen und verlangt nur Sichtung und reife Ueberlegung. Plattner will Vertretung der Sonderinteressen aber auf breiterer Grundlage. Jeder Steuerzahlende soll Wähler sein. Haase will höheres Alter, längeren Wohnsitz an demselben Orte, längere Dauer der Wahlperiode. Besonnenheit ist ihm das Haupterforderniß, deshalb ist er gegen jede anderweitige Beschränkung. Wilda spricht gegen eine vom Könige ernannte Kammer, weil diese keine Autorität habe. Er will der zweiten Kammer gegenüber, welche ihm die bewegliche Tagesstimmung vertritt, ein vernünftig conservatives, moderirendes Element. Die Verschiedenheit sucht er in den Gewählten und verlangt Vertretung des großen Grundbesitzes und der Kapacitäten (Staats-Gemeinde-Aemter). Köppl setzte nunmehr sein Prinzip nochmals in ausführlicher Rede auseinander. Besonders hob er unter andern die Unzulänglichkeit eines Censur hervor. Die Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden sei nicht vorhanden, der Besitz reiche tief in die Massen hinunter. Auch werde der Besitz immer seinen Einfluß behalten und auch bei Wahlen ohne Censur genügend vertreten sein. Der Ausfall der gegenwärtigen Wahlen beweise nichts dagegen. Einmal seien auch hier nur äußerst wenig Besitzlose gewählt, sodann werde die starke Gegenüberstellung, welche ein Produkt der gegenwärtigen, so vielfach erregten Interessen sei, bald wieder einem harmonischen Verhältnisse Platz machen, denn Besitzende und Nichtbesitzende bedürften einander gegenseitig. Der Redner entwickelt seine Ansicht über die Grundlage des Gemeinde- und Provinzial-Verbandes. Amstetter widerspricht ihm im letzten Punkte, theilweise auch Schnerer. Hahn, Kries, Rutsch sprechen sich mehr oder minder in gleichem Sinne wie Köppl aus.

Es wurde nun über alle einzelne Anträge zur Abstimmung geschritten. Diese war wegen der Menge der Fragen und der Schwierigkeit, sie so zu gruppieren, daß Niemand kaputt würde, natürlich nicht leicht und hat wohl auch unter den Abstimmenden selbst mitunter zu Mißverständnissen geführt. Der Ministerialentwurf wurde einstimmig verworfen. Auch die übrigen Anträge auf bestimmte Qualifikationen für die erste Kammer erhielten fast nur Minoritäten, und der Eindruck, welchen Debatte und Abstimmung auf uns machten, war der, daß es schien, als ob die Versammlung zu keiner der vorgeschlagenen Qualifikationen ein rechtes Vertrauen habe. Darüber war man indessen einverstanden, daß auch die erste Kammer ausschließlich auch eine Wahlkammer sein müsse und daß der Unterschied von der zweiten in die Gewählten zu legen sei. Merkwürdiger Weise, und allen

aus der Debatte und den Abstimmungen geschöpften Erwartungen entgegen, fand der Vorschlag eine Mehrheit, diesen Unterschied auf den Besitz zu gründen. Die Versammlung schien selbst von dem Resultate überrascht und Schnerer bemerkte wohl nicht mit Unrecht, daß ja dann der Ministerialentwurf noch freisinniger sei, als der Beschluß der Versammlung. Wie wir hören, wird auch dieser Gegenstand noch einmal zur Sprache gebracht werden.

□ Breslau, 8. Juni. Gestern sind hier eine Anzahl Wiener Studenten angekommen, welche als Deputierte das Wartburgfest besuchen werden. Sie wurden in der Aula der hiesigen Universität, woselbst die Studirenden unserer Universität eine Versammlung hielten, um gleichfalls Deputierte für dieses Fest zu wählen, empfangen. Sie sollen an deutschem Patriotismus und entschiedener Vorliebe für einen engeren Anschluß an das deutsche Vaterland den übrigen Deutschen in keiner Beziehung nachstehen. Auch ihre äußere Erscheinung bekundet ihre deutsche Gesinnung. Sie tragen sämmtlich das schwarz-roth-goldene Band. Abends erschienen mehrere von ihnen im demokratischen Klub, an welchen sie von der Wiener Studentenschaft eine Adresse als Antwort auf ein von diesem nach Wien über sandtes Beglückwünschungsschreiben zu überbringen hatten. — Die hiesige Studentenschaft hat 16 Abgeordnete für das Wartburgfest gewählt, und zwar sowohl aus allen Verbindungen als auch aus demjenigen Theile der Studirenden, welcher keiner Verbindung angehört. Heute Nachmittag werden Deputationen aus Gräs, Olmütz und Pesth erwartet und sollen dieselben von den hiesigen Studirenden feierlich empfangen werden. Die Abreise sämmtlicher Deputationen von Breslau wird heute mit dem Abendzuge erfolgen. Die Direktion der Niederschlesisch-märkischen Eisenbahn soll ihnen freie Fahrt in der zweiten Klasse bewilligt haben, und eben so ist ihnen freie Fahrt von Berlin bis Halle zugesichert worden. Die oberschlesische Eisenbahn hat den Wiener Studirenden die in Oberberg bezahlten Fahrgehalte wieder zurückgezahlt. Das Fest selbst soll Sonntag, Montag und Dienstag stattfinden.

Wir begleiten diese jungen Männer mit der wärmsten Theilnahme, wenn auch ein Gefühl der Wehmuth uns beschleichen will bei der Erinnerung an ein ähnliches Fest, welches mit nicht weniger Begeisterung und nicht weniger Hoffnungen begangen wurde, und doch eine so traurige Zukunft für die Feiernden und für das ganze deutsche Volk nach sich zog. Auch jetzt ist der Blick in die Zukunft noch dunkel. Doch hoffen wir, daß die deutsche Nation seit jenen Tagen gelernt hat, und daß die Begeisterung, welche diese Jünglinge, auf denen die Hoffnungen unserer Zukunft ruhen, auf der Wartburg zusammenführt, kein romantischer Anflug, kein verrauchender, träumerischer Enthusiasmus, sondern der Ausfluß einer tiefen, festen und unerschütterlichen vaterländischen Gesinnung ist.

Wir rufen ihnen ein freundliches: „Glück auf!“ nach.

✱ Breslau, 8. Juni. Unter dem Schalle fröhlicher Musik und obligater Begleitung von Bläs- und Donner zogen heute Nachmittag die Deputierten der Wiener und Breslauer Studentenschaft nach dem märkischen Bahnhofe, um mit dem Abendzuge nach Berlin und weiter zu dem Feste auf der Wartburg abzugehen. An der Spitze des Zuges, hinter dem Musikchor, waren die Studenten aus Wien, 25 an der Zahl, mit einer großen dreifarbigten Fahne. Diesen folgten die 15 Abgeordneten der Breslauer Studentenschaft und fast sämmtliche Studirende der hiesigen Universität. Eine große Menschenmasse gab den Abreisenden ebenfalls das Geleite. Auf dem Bahnhofe angekommen, brachten die Studirenden aus Wien der Stadt Breslau zum Abschiede ein dreimaliges Hoch, eben so der deutschen Freiheit, einer einigen deutschen Studentenschaft u. dgl., die alle mit unbeschreiblichem Jubel von der zahlreichen Versammlung aufgenommen und erwiedert wurden. Im Saale ließen sich hierauf mehrere Redner vernehmen. Es wurde zur Einigkeit ermahnt, denn nur Einigkeit gebe Kraft. Das Fest auf der Wartburg habe eben den Zweck, eine einige und starke Studentenschaft in ganz Deutschland zu begründen. Möge dieser schöne Zweck auch erreicht werden!

Breslau, 7. Juni. Gestern Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr badete sich der Bäckerlehrling David Ritter in der Ober, am Ende der Ufergasse, mit mehreren Knaben und ertrank. Alle Bemühungen, denselben zu retten, waren fruchtlos; er wurde erst heute Mittag aufgefunden. Der Verunglückte ist der einzige Sohn des Freikellners Ritters aus Bischofs an der Weide.

Liegnitzer Wollemarkt.

Zu dem am 31. Mai hier begonnenen Wollemarkt, waren gegen 6000 Ctnr. am Platze. Am ersten Tage zeigte sich schon einige Kauflust, und ging namentlich Landwolle am besten, der zweite Tag brachte an Käu-

fern mehrere Engländer, Niederländer, Rheinländer und Fabrikanten aus unserm Lande, in deren Hände ging der größte Theil der Dominal-Wollen über; bis zum 2. Juni wurden gegen 5000 Ctnr. verkauft.

Die Preise stellten sich im Durchschnitt folgendermaßen:

hochfeine Wollen 70 bis 75 Rtlr.,
feine Wollen 60 bis 70 Rtlr.,
feine Mittel-Wolle 50 bis 60 Rtlr.,
Mittel-Wolle 40 bis 50 Rtlr.,
Land-Wolle 36 bis 40 Rtlr.

S Aus Schlesien, 7. Juni. Nr. 130 der Breslauer Zeitung enthält eine Mittheilung des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten, welche eine Reorganisation des Schul- und Erziehungswesens in Aussicht stellt. Es solle ein Schulgesetz vorbereitet werden, „welches, an die thatsächlich vorhandenen Verhältnisse sich besonnen anschließend, eine Bildung und Erziehung des gesammten Volkes als Ziel hinstellt, ohne die der weiteren Entwicklung des Staates auf der begonnenen Bahn der unentbehrliche Grundstein fehlen würde,“ und es sei zu dem Ende bereits der „Zusammentritt der Volksschullehrer zu Kreisversammlungen unter dem Vorsitz der Landräthe und Schulinspektoren und der von ihnen gewählten Deputierten zu Provinzialversammlungen, zu welcher auch die Schulräthe und Seminar Direktoren gehören werden, angeordnet.“ Hierzu bilden die Worte, welche der Minister Hr. Schwerin in der 9. Sitzung der preussischen Nationalversammlung bei Gelegenheit eines vom Abgeordneten Berends gestellten Antrags auf Anerkennung des Grundsatzes, daß die Schule Staatsanstalt sei, sprach, insofern einen Commentar, als man aus ihnen sieht, was es mit diesem Projekt einer Reorganisation des Schulwesens auf sich hatte. So viel scheint nämlich klar, daß nach ihm die Schule zur Staatsanstalt nicht erhoben werden soll. Denn wenn der Herr Minister sagt, daß die Jugendbildung aus dem kleinsten Organismus herauswachsen und sich von der Familie an die Gemeinde und von dort an den Staat lehnen, und daß deshalb die bestimmte Regelung der Schulordnung einer Gemeindeordnung vorbehalten bleiben müsse, da die Schule das Bindemittel für die Gemeinden werden soll, so ist hieraus eine wesentliche Umgestaltung der Schule gar nicht ersichtlich, denn Gemeindeglieder sind die Schulen auch jetzt schon. Die Gemeinde ist es, welche die Lehrer besoldet, und aus welcher der Schulvorstand gebildet wird. Nur zum Theil concurriren hierbei der Patron und die Regierung, und wenn man dies abschaffen wollte, so könnte es allerdings eine Aenderung, aber keine Reorganisation genannt werden. Zur Staatsanstalt aber wird die Schule erst dann, wenn sie eine Einrichtung des gesammten Volkes ist, wenn sie als im Interesse Aller liegend angesehen wird, wenn sie im Namen und auf Kosten Aller Staatsbürger als solche besteht. Und gründet sich die Möglichkeit der Schule überhaupt auf die Theilung der Bevölkerung in die Masse der erwachsenen und in die der unerwachsenen Mitglieder des Staats, so erscheint das Verhältniß beider Theile zu einander in der wahren Volksschule so, daß diese die Berechtigten, jene aber die Verpflichteten sind, woraus sich ergibt, daß die Lehrer als diejenigen, welche im Namen der Gesammtheit die Erfüllung dieser Pflicht übernehmen, im eigentlichen Sinne des Wortes Staatsbeamte, also vom Staate Besoldete sein müssen, und daß die Schüler als solche Nichts zu leisten, sondern nur zu empfangen haben. Von der Anerkennung dieses Verhältnisses aber findet sich in den Mittheilungen des Herrn Ministers keine Spur, ja es scheint ihm, nach dem Schluß seiner Rede in der Nationalversammlung zu urtheilen, zum Theil nur um die materielle Unterstützung schlecht besoldeter Lehrer zu thun zu sein. Was ferner die Art und Weise betrifft, auf welche das neue Schulgesetz vorzubereiten sei, daß nämlich Lehrerversammlungen unter dem Vorsitz der Landräthe und Schulinspektoren angeordnet werden sollen, um die nöthigen Materialien zu liefern, so sind wir der Meinung, daß die hierbei zu Grunde liegende, offenbar liberale Absicht durch die Wahl eines solchen Präsidiums leicht vereitelt werden könne. Der von sehr vielen Lehrern bereits gemachte Antrag, daß die Schule von der Inspection der Kirche befreit, von der Kirche überhaupt losgelöst werden möge, würde in einer Versammlung, deren Vorsitzender der königliche Superintendent ist, kaum eine rückhaltlose Unterstützung und Begründung finden. Die Anwesenheit der Landräthe aber, die — davon sind wir überzeugt — selber gestehen werden, daß sie nicht in der Lage sind, zur Aufklärung über die wahren Bedürfnisse der Schule etwas beizutragen, diese könnte der Sache leicht den Schein geben, als bestünde zwischen der Volksschule und der Polizei ein besonderes Verhältniß. — In letzter Instanz aber liegt der Grund, warum uns die erwähnten ministeriellen Mittheilungen nicht genügen, darin, daß sie von der Ansicht auszugehen scheinen, als sei der Staat den beiden Organismen, der Familie und der Gemeinde

coordinirt, und als stehe die Regierung dem Volke gegenüber. Denn daraus folgt, daß auch die Volksbildung als eine dem Staate an sich fremde und neue, von ihm zu unterstützende, keineswegs aber als eine Hauptsache des Volkslebens angesehen wird; und wir meinen daher, daß es zu einer wahren Reorganisation der Schule erst dann kommen kann, wenn die Souveränität des Volkes als Prinzip des neuen Staatslebens anerkannt ist.

T Oberschlesien, 5. Juni. In Nr. 128 der Breslauer Zeitung giebt sich, in einem vom 31. Mai datirten Aufsatze, eine, sich mit „Wir“ anredende anonyme Person alle erdenkliche Mühe, Bergräthe, Direktoren und Knappschafts-Älteste wegen eines eingegangenen Protestes, in dessen Inhalt sie aber nicht weiter eingeht, zweideutiger Umtriebe zu beschuldigen. Abgesehen hiervon, läßt sich der gute Mann auch noch einen argen Widerspruch zu Schulden kommen. Er sagt nämlich: die Arbeiter des metallischen Reviers haben das Sammeln von Unterschriften durch ihren gesunden Sinn vereitelt; weiter unten aber heißt es: „Unsere Bergarbeiter wissen überhaupt nicht, was Prinz von Preußen, noch Breslau, noch demokratischer Verein ist.“ Referent hat vielleicht bei unsern Bergarbeitern, neben ihrer Unwissenheit, deren er sie beschuldigt, noch einen sechsten Sinn wahrgenommen, vermöge dessen sie sich nur für das Rechte entscheiden können, ohne die geringste Kenntniß von einer Sache zu haben. Anders läßt sich dieser Widerspruch nicht erklären. Es dürfte daher der gute Rath: „Ehe man Widersinniges in die Welt schickt und sich dadurch selbst bloßstellt, ist es besser, — zu schweigen“, dem Referenten sehr zu Gute kommen.

Was die Demonstration gegen den Obersteiger Schön und das öffentliche Zerreißen der gedruckten Schemas anlangt (wenn man auf das so leicht hingeworfene Ehrenwort dem Referenten Glauben schenken will) — so ist es gewiß in die Augen springend, daß nur durch tadelnswerthe Umtriebe die (nach seiner Angabe) unwissenden Arbeiter zu solchem unstatthaften Treiben veranlaßt wurden. — Welcher Bergarbeiter wünscht nicht den früher so blühenden, jetzt so stockenden Bergbau zurück? — Referent sollte sich nur in die Hütten der arbeitslosen Bergleute begeben, um Augenzeuge von ihrer Noth und ihrem Elende zu sein, und wenn er irgend noch einig Gefühl besitzt, so wird er dem Wunsche nach Ruhe im Staate, wodurch der alte Geschäftsgang nur wieder hergestellt werden kann, gewiß beipflichten. — Dem ganzen Artikel setzt die, wahrscheinlich von dem Schreiber aus der Luft gegriffene Aeußerung, die seiner Angabe nach Direktoren gemacht haben sollen: „Wir wünschen nur so handeln zu dürfen, wie wir wollen, so nähmen wir ein paar tausend Berg- und Hüttenarbeiter mit glühenden Stangen, rücken nach Breslau und hauen daselbst die Demokraten in Stücke!“ — die Krone der Albernheit auf. — Es müßte hierbei noch bemerkt werden, ob man sich die Stangen hier, in Oberschlesien, glühend machen sollte; oder ob dies erst in Breslau zu veranstalten sei. Im ersteren Falle würden sie wohl während des Marsches etwas von ihrer Gluth verlieren; im letzteren Falle würden ihnen wohl die Breslauer keine Zeit dazu lassen.

Natibor, 7. Juni. (Wollmarkt.) Der Gesammbetrag der zu Markte aufgestellten Dominal- und Rustikalwollen beträgt 924 Ctnr. 12 Pfd., davon sind auf der hiesigen Stadtwage 564 Ctnr. 12 Pfd. gemogen und 360 Ctnr. ungemogen zur Weiterbeförderung gegeben worden. Verkauft wurden im Ganzen nur 230 Ctnr. und zwar mit einem Verluste von 25 bis 30 pCt. gegen den vorjährigen Preis. — Rechnet man nun die Verluste durch Sterblichkeit bei den Schaffherden, wovon kaum eine Schäfferei frei geblieben ist, nur durchschnittlich zu 5 pCt., den geringeren Schurarausfall an Wolle nur mit 30 pCt. und den gedruckten Preis gegen voriges Jahr mit 30 pCt. an, so haben die Schaf- resp. Wollzüchter in diesem Jahre einen Verlust von mindestens 75 pCt. in dieser, sonst die Stütze der Landwirtschaft bildenden Branche erlitten. (D. Anz.)

Mannigfaltiges.

— (Portraits aus der National-Versammlung zu Frankfurt a. M.) Die „Hamburger Börsen-Halle“ bringt, anscheinend aus einer radikalen Feder, eine Charakteristik einzelner Abgeordneten, aus der wir Folgendes ausheben. — Eisenmann ist ein puziges Männlein, mit zwanzig Ctnr. im Gesicht und einem Schnurbart, der entweder verkommen oder in beständigem Streben begriffen ist; man sieht dem Manne die Ehrlichkeit, die Brauheit schon von weitem an. — Mittermaier, ganz wie Sie ihn gekannt haben: lang und hager, weltmännisch mehr als gelebt, und doch Gelehrter genug, um unklar zu sein. — Die linke Seite, augenscheinlich für jetzt noch schwächer, hat, wie uns dünkt, Robert Blum zum Führer genommen.

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung.)

Sie kennen wohl dies energische, breitschulterige Wesen, mit seinem selbstsamlich kräftigen, aber nichts weniger als eblen Kopfe, mit der großen Ruhe und Klarheit des Vortrages, mit der scharf die Luft durchschneidenden Stimme, dem gleichmäßigen, fast predigerähnlichen Tone. Ist der Wille so klar, wie der Gedanke? Das Ziel ihm so scharf bezeichnet, wie der Weg? Wer kann es wissen! In der Nähe blüht sich der Bürger Jiz von Mainz, Advokat von Charakter, sicher im Bewußtsein einer großen, schönen Gestalt, in den republikanischen Mantel der Eitelkeit vom Scheitel bis zur Zehe eingehüllt. Er besteigt die Rednerbühne; er bewegt den rechten Arm mit nachdrucksvoller Demonstration; er drängt die Worte über die anstoßende Zunge; er beweist, daß grün nicht schwarz sei, hingegen schwarz auch nicht grün; er hat gesprochen, und steht ganz verwundert da, daß die Erde nicht bebte vom Beifallssturm des Jahrhunderts! — Spaz: ein spaßiges Gesicht, zusammengesetzt aus vielen Provinzen, die nicht zusammengehören; aber wenn er spricht, um so ernster, bedächtig und kräftig. — Benedek: Nachklänge der Jugend; festgerannt in polnisch-kosmopolitische Ideen; gar leichtgläubig, wenn es gilt, Böses zu sagen über Bund und Regierungen; oft verkehrt in seinen Ansichten, stets edel in seinem Willen und Thun; schlankes Gesicht; nordisches Gesicht. — Uhlant: das Gesicht verräth Nichts, auch gar Nichts davon, daß Poesie, daß irgend eine Bedeutsamkeit in diesem Gehirn wohnt. Das ist ein Uebelstand, an dem die meisten unserer politischen Berühmtheiten leiden. — Ein Correspondent der „Bremer Ztg.“ schildert Sagern (Präsident der Versammlung) und Soiron (erster Vice-Präsident) wie folgt. Du kennst Heinrich von Sagern persönlich, und stellst Dir also leicht vor, welchen bedeutenden Eindruck seine statliche hohe Gestalt, sein edles ernstes Gesicht macht. Durch geistige Höhe zu dieser großartigen Stelle ganz befähigt, besitzt er auch die erforderliche Ruhe, und ein vortreffliches tiefes Organ, welches wahrhaft wohlthuend aus seiner Brust herausstönt. — Schwarze Kleidung, schwarze Halsbinde — dunkles Haar, dunkle Augen, von dichten Augenbraunen überschattet — also alles dunkel, und doch im Licht seiner tiefen Blicke und der Geistesfreiheit auf seiner hohen Stirn — ein helles Bild, welches herrlich hervortritt vor der rothen Draperie, welche hinter ihm zwischen dem mittelsten Säulenpaar niederhängt. Sagern hat, wie alle bedeutende Staatsmänner, das unvermeidliche Schicksal, vielen Leuten und Parteimännern nicht zu genügen, ja zu mißfallen. Nachdem er Anfangs von der ungetheilten öffentlichen Meinung jauchzend begrüßt wurde, machen sich nun schon einzelne Urtheile und Angriffe gegen ihn auf. Es fehlt nicht an Beschuldigungen — Parteilichkeit, Reaktionsgedanken, Herrschaft — was wird ihm nicht alles vorgeworfen! — Soiron: Ein dicker, kräftiger, breitschulteriger Mann, volles rundes Gesicht mit blanker Glaze und einem gewaltigen schwarzen Bart — in seinen Zügen Ausdruck einer auf sich ruhenden Energie; Lebensbegehren und Gutmüthigkeit sind auch heraus zu lesen. Oppositionsübung (in der badischen Kammer, und ist Soiron nicht auch von Profession Advokat?), parlamentarischer Takt, Besonnenheit, leichtes Auffassen, und eine prachtvolle Löwenstimme haben ihn dem Publikum bei den Ausschüßungen im Römersaal schon als einen tüchtigen Präsidenten gezeigt. Er ist einer von den Rednern, welche der ungetheilten Aufmerksamkeit des ganzen Publikums sicher sind. Wie er den Mund öffnet, schweigt alles Gefühle, man hört ihm gern zu und zollt ihm gern Beifall. Sein ganzes Wesen hat ihm hier eine wohl begründete Popularität gewonnen.

— (Frankfurt a. M.) Hier ist der bisherige Judenid aufgehoben, und für die Angehörigen sämtlicher Konfessionen die Eidesformel: „So wahr mir Gott helfe!“ eingeführt worden.

— In Newport ist neulich die über den Fluß Ust fast vollendete Brücke für die Südwales-Eisenbahn, welche in der Länge von 400 Yards aus kypasirtem Holze aufgeführt war und 20,000 Pfd. St. gekostet hat, bis auf das Wasser hinab abgebrannt. Ein Arbeiter schlug einen stark erhitzten Bolzen ein, wobei das Holz Feuer fing. Da man auf diese Gefahr gefaßt war, hatte er, wie Alle bei diesem Geschäft, einen Eimer mit Wasser neben sich. Allein dieses half nichts, weil die Flamme sich blüßschnell über das ganze

Holzwerk verbreitete, so daß die Arbeiter kaum Zeit hatten, ihr Leben zu retten.

— Die Zeitung von St. Helena und nach ihr ein Blatt des Vorgebirges der guten Hoffnung enthalten folgende Anzeige: Das Grab Napoleons ist an den Melstbietenden zu vermieten (by tender).

Die Nachrichten aus Australien über die dortige Nachfrage nach Arbeit bestätigen sich von allen Seiten. Herr Waghorn sagt in einer eben erschienenen Flugschrift über Auswanderung nach Australien, daß dort auf 180,000 Ansetzler nicht weniger als 2 Millionen Häupter Rindvieh und 8 Millionen Schafe kämen, die Nahrungsmittel verdrängen, weil nicht Mäuler genug vorhanden, das Korn, weil keine Schnitter, die Wolle, weil keine Scherer dort wären. Die Regierung in Adelaide hat eine Bekanntmachung ergehen lassen, wonach Jedem, welcher achtzig englische Morgen Landes angekauft, freie Ueberfahrt für drei von ihm zu nennende erwachsene Personen oder sechs Kinder unter 14 Jahren gewährt werden soll.

(P. St. A.)

Verzeichnis

derjenigen Schiffer, welche am 5. Juni Glogau stromaufwärts passirten.

| Schiffer oder Steuermann | Ladung | von | nach |
|------------------------------|----------|-----------|----------|
| G. Korneßke aus Neusalz, | Tabak | Schwedt | Breslau. |
| G. Mattner aus Eschschergig, | Roggen | Stettin | dto. |
| G. Wenke aus Eschschergig, | Getreide | Stettin | dto. |
| G. Schulz aus Schwusen, | Getreide | Magdeburg | dto. |
| G. Hecker aus Eschschergig, | Roggen | Stettin | dto. |
| D. Jagott aus Eschschergig, | Getreide | Stettin | dto. |
| A. Scherpe aus Krossen, | Getreide | Potsdam | dto. |
| A. Greeber aus Krossen, | Getreide | Stettin | dto. |

Inserate.

Zinsenzahlung.

Den Inhabern hiesiger Stadt-Obligationen wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Zinsen davon für das halbe Jahr von Weihnachten 1847 bis Johanni 1848 in den Tagen

vom 19. bis zum 30. Juni d. J. mit Ausschluß der dazwischen fallenden Sonntage, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf der hiesigen Kammerei-Haupt-Kasse in Empfang genommen werden können.

Die Inhaber von mehr als zwei Stadtoobligationen werden zugleich aufgefordert, behufs der Zinsenerhebung, ein Verzeichnis, welches

- 1) die Nummern der Obligationen nach der Reihenfolge,
- 2) den Kapitals-Betrag,
- 3) die Anzahl der Zins-Termine, und
- 4) den Betrag der Zinsen

speziell angiebt, mit zur Stelle zu bringen.

Breslau, den 1. Juni 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Mit Bezugnahme auf das am 7. Juni veröffentlichte Referat des Sekretärs der medizinischen Sektion, Hrn. Dr. Krauß, macht die unterzeichnete Kommission hierdurch bekannt, daß sie bereit ist, bestimmt formirte Anträge der Herren Koll'gen, in Bezug auf die Reform der Medizinal-Verhältnisse entgegen zu nehmen und darüber in der zu berufenden Generalversammlung Bericht abzustatten.

Auswärtige Kollegen werden ersucht, auf der Adresse zu bemerken: „Naturwissenschaftliche Sachen, portofrei laut Dedre vom 23. Juni 1823.“

Breslau, den 8. Juni 1848.

Die Kommission der medizinischen Sektion von der Schlesischen Gesellschaft.

Borchardt. Ebers. Göppert. Günsburg.
Krauß. Krockner jun. Nagel.

Schießwerder.

Am zweiten Pfingst-Fiertage, den 12. Juni d. J., von 2 Uhr ab, das gewöhnliche Legatschießen, jedoch auf den halben Stand, ohne Auflage und ohne Guck und am 13. und 14. Juni d. J. von 7 Uhr ab Freischießen mit 15 Sgr. Einlage. Die übrigen Bedingungen hängen in der Rathsdienersstube und im Schießstande aus.

Breslau, den 5. Juni 1848.

Die Schießwerder-Deputation.

Protest.

Das berittene Corps der hiesigen Bürgerwehr hat in Nr. 125 der Breslauer Zeitung eine patriotische Erklärung einrücken lassen, von der ich nicht begreifen kann, welche Veranlassung ein berittenes Bürgercorps gehabt hat, eine dergleichen Erklärung, welche beiläufig gesagt, sehr stark militärisch riecht, abzugeben. Wie weit es ein berittenes Corps der Bürgerwehr, welches aus selbstständigen Männern besteht, mit seinem Standpunkt verträglich findet, der Soldateska nachzuäffen, muß ich demselben überlassen; ich für meinen Theil protestire entschieden gegen dergleichen Machinationen.

E. Linke, Mitglied der berittenen Bürgerwehr.

Dem Fragsteller in der gestrigen Nummer diene zur Erwiderung, daß ich weder Grund noch Mittel kenne, um in dem Nr. 128 dieser Zeitung veröffentlichten Falle auf dem Zeitungswege die Erfahrung umzustößen, nach welcher es unter jederlei Verhältniß im Leben Umstände giebt, die selbst bei Mißverständnissen oder Mißdeutungen auch das Schweigen zu einer Antwort erheben.

Breslau, den 8. Juni 1848.

Frommann,

Feldwebel der 2. Compagnie 6. Jäger-Abtheilung.

Ergebene Anfrage.

Würden denn nicht hohe und niedere Staats-Beamte, obere und niedere Geistliche incl. Ober-Lehrer christlichen und jüdischen Glaubens, welche einen jährlichen Gehalt von 500 Rthl. bis zur Höhe von 4 bis 5000 Thaler und darüber beziehen, mit einer monatlichen Rente oder Abgabe bei der jetzigen neuen Staatsverfassung verhältnißmäßig in Anspruch genommen werden können? dadurch dem Bürger und Landmann die strengen königlichen und kommunal-Abgaben nicht allzu sehr vermindert und erleichtert, sondern auch das Einkommen aller Klassen in keinerlei Art verkürzt würde. Millionen von Thalern würden gewiß in einem Jahre von denen Herren dem Bürger, Landmann und Arbeiter die strengen Abgaben erleichtern, wenn dies beantragt und in Ausführung gebracht würde.

Mehrere Bürger und Landbewohner aus der Provinz.

Brieg. Ein Spiel, wie es hier die Reaction spielt, ist doch gar zu auffallend. Ein Steuerbeamter, der nicht begreift (wie so viele Subalternen), daß die Liberalen auch ihn vom bürokratischen Joche frei machen wollen, wurde zur Unterschriftsammlung für den Prinzen von Preußen benutzt und jetzt wird wieder eine Adresse von Leuten, die außer dem Volke stehen, von Haus zu Haus getragen und der Herumträger ist so kühn, denen, die nicht unterschreiben, zu drohen, er müsse sie notiren. Für den Fall, daß der Herumträger wieder ein Steuerbeamter sein sollte, bitten wir den Herrn Provinzialsteuerdirektor, ihm Geschäfte zu untersagen, für die ihn der Staat nicht salarirt und wegen jener Drohung Untersuchung einleiten zu lassen. Sobald wir die Sache näher erkunden, werden wir beim Ministerio und der National-Versammlung sehr ernste Beschwerden führen, und wollen uns zugleich davor verwahren, als wenn die Beamten Organe des Volks wären.

Mehrere Bürger.

Die Ausstellung weiblicher Handarbeiten zum Besten der Nothleidenden in Schlesien wird noch Freitag und Sonnabend von 10 bis 1 Uhr Morgens und 4 bis 7 Uhr Nachmittags fortgesetzt.

Breslau, den 8. Juni 1848.

Das Damen-Comité:

Agnes Fürstin Biron.
Mathilde Gräfin Brandenburg.
Adelaide Gräfin Burghaus.
Eleonore Molinari.
Emilie Frank.
Isabelle Gräfin Harrach.
Julie Gräfin Hendel.
Auguste Gräff.
Marie Pinder.
Emilie Willisen.

In der diesjährigen Gewerbe-Ausstellung

sind gegenwärtig die verschiedenen Sorten schlesischen Flachses ausgelegt, welche ursprünglich für die nicht zu Stande gekommene große Flachs-Ausstellung des landwirthschaftlichen Vereins bestimmt waren.

Die Gewerbe-Ausstellungs-Commission.

Theater-Repertoire.
Freitag, zum 15ten Male: „Einmal-
hunderttausend Thaler.“ Posse mit
Gesang in 3 Aufzügen von D. Kalisch.
Musik arrangirt von Gährich.

Wir übergeben dem geehrten Pu-
blikum mit der heutigen Nummer
dieser Zeitung den Plan der von uns
beabsichtigten Abonnements-Verloo-
fung, und, indem wir das Unterneh-
men, durch dessen Gelingen es uns
allein möglich ist, das Breslauer
Theater auf eine ihm würdige Weise
fortzuführen, der lebhaftesten Theil-
nahme empfehlen, zeigen wir an, daß
die Loose zur geneigten Abnahme im
Theater-Bureau bereit liegen.

Da die Verloofung am 13., 14.
und 15. Juni stattfinden soll, wäre
der schleunigste Absatz wünschens-
werth.

Der Verwaltungs-Ausschuß des hiesigen
Stadt-Theaters.
Fr. Kahle. W. Isoard. L. Guinand.

Entbindungs-Anzeige.
Heute Nacht wurde meine gute Frau
Bertha, geb. Stambke, von einem ge-
sunden Knaben glücklich entbunden.
Grünberg, den 4. Juni 1848.

Dr. Steuer, Physikus.

Cirque Olympique.

Heute Sonntag, große Damen-Vorstellung,
auch zur Nachher auf vieles Verlangen: Die
Kämpfer von Colabrien auf dem Theater, große
historische Pantomime nebst einem Ballet.
Anfang 8 Uhr.
A. Guerra.

Hauslehrer,

besonders musikal., sucht und bringt (gratis)
unter:
Dr. Hans Wauersberger,
Schubbrücke Nr. 1.

Seit dem 1. Juni wohne ich in Na-
titor, bitte daher meine geehrten Geschäfts-
freunde und Bekannte, ihre Briefe auch
von jetzt ab dahin zu adressiren.
Ecaupée.

Im Kommissions-Verlag von Raabe in
Oppeln ist erschienen und vorrätig zu finden
bei **Graf, Barth und Comp.** in Bres-
lau, so wie in allen andern Buchhandlungen:

Wahrheiten

eines Volksfreundes!

Ein periodisches Flugblatt von Oskar
Reichenbach.

Nr. 1: 3 Sgr.; Nr. 2: 2 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbrieft:

1. Herrn Louis Haberkorn.
 2. „ C. Fischer.
 3. „ C. Müller u.
 4. Unvereh. Joseph Beitz.
 5. Fräulein Mathilde Hedwig.
 6. Herrn Leopold Freund.
 7. Caroline Kießer.
 8. Frau Baronin Pückler.
 9. Herrn Rabbiner Dr. Geiger.
 10. „ Grafen Renard.
 11. „ Major v. Jaworsky.
 12. „ Schneidermeister Mäbler.
 13. „ Riemermeister Jakob Schorn.
- Können zurückgefordert werden.
Breslau, den 6. Juni 1848.
Stadt-Post-Expedition.

Die seit 2 Jahren hier bestehende concess.
Handlungsschule, in der sich bereits mehrere
Commis ausgebildet haben, und nun gute
Kosten bekümmert, befindet sich Weidenstraße
Nr. 33. Der französische u. englische Sprach-
unterricht wird von 2 bis 4 Uhr erteilt.
Sonntags von 2—3 Uhr Buchhalterei.

Brüchta, Direktor der Handlungs-
schule, gerichtlicher Translator
der franz., engl. und ital. Sprache
beim königl. Ober-Gericht u. sämt-
lichen Gerichts-Behörden.

Une demoiselle de la Suisse française,
qui depuis plusieurs années s'est vouée à
l'enseignement de la langue maternelle, dé-
sire trouver un engagement dans une famille
honorable. S'adresser: An der Kreuzkirche
Nr. 10.

Eine allein stehende Dame, sucht in einem
gebildeten Hause einen Wirkungskreis ohne
Gehalt, nur gegen freie Station. Die-
selbe ist aus guter Familie, versteht die Land-
wirtschaft gründlich, als: die feine Küche,
Bäckerei, Einmachen aller Früchte, Melkerei,
Einschlachten, das Servieren der Tafel u.
Es liegt ihr besonders daran, bald in Thä-
tigkeit zu kommen. Das Nähere unter Adresse
K. Biegnis po-te restante

In einer beliebigen und naheliegenden
Kreisstadt ist wegen Familienverhält-
nissen eine ganz neue und gut ein-
gerichtete Konditorei aus freier
Hand zu verkaufen. Das Nähere ist
gegen Erstattung des Portos bei Unter-
zeichnetem zu erfragen.
Militzsch, den 6. Juni 1848.

Zeigner,
Konditor.

Plan

zur Verloofung eines Abonnements auf die Dauer vom incl. 16. Juni bis zum incl. 30. September dieses Jahres zu wöchentlich 4 — 5, im Ganzen zu 70 im hiesigen Stadt-Theater zu gebenden Vorstellungen.

Es werden 6000 Stück Loose à 2 Rthlr. ausgegeben und fallen darauf ebenso viele Gewinne, welche folgen-
dermaßen eingetheilt sind:

| 1 Hauptgewinn im Werthe von | 150 Rthlr. — Sgr. |
|-----------------------------|-------------------------------|
| 1 „ „ „ | 120 „ — „ |
| 1 „ „ „ | 100 „ — „ |
| 1 „ „ „ | 80 „ — „ |
| 1 „ „ „ | 50 „ — „ |
| 20 Gewinne | 25 Rthlr. 500 „ — „ |
| 25 „ „ „ | 20 „ 500 „ — „ |
| 50 „ „ „ | 10 „ 500 „ — „ |
| 200 „ „ „ | 6 „ 1200 „ — „ |
| 400 „ „ „ | 5 $\frac{1}{3}$ „ 2133 „ 10 „ |
| 800 „ „ „ | 3 $\frac{1}{3}$ „ 2666 „ 20 „ |
| 1500 „ „ „ | 2 $\frac{2}{3}$ „ 4000 „ — „ |
| 3000 „ „ „ | 2 „ 6000 „ — „ |

6000 Gewinne

zum Betrage von 18000 Rthlr.

Für die Beträge der einzelnen Gewinne erhält der Gewinner Bons; auf diesen sind die Plätze bemerkt, welche
der Inhaber zu beanspruchen hat. — Zur Verloofung kommen:

ad I. die Plätze des ersten Ranges, der Parquetlogen oder Sperrsitze,

„ II. „ „ zweiten „

„ III. „ „ Parterre,

und sind dieselben nach Verhältniß des im Theater-Gebäude vorhandenen Raumes folgendermaßen vertheilt:

| Anzahl der Gewinne. | einzelner Betrug derselben. | Anzahl der für diesen Betrag zu erhal- tenden Billets von | | | kommen demnach zur Verloofung im Ganzen von | | |
|---------------------------|-----------------------------------|--|-----|------|--|------|-------|
| | | I. | II. | III. | I. | II. | III. |
| 1 | 150 | 140 | 60 | 80 | 140 | 60 | 80 |
| 1 | 120 | 120 | 40 | 60 | 120 | 40 | 60 |
| 1 | 100 | 105 | 30 | 45 | 105 | 30 | 45 |
| 1 | 80 | 90 | 20 | 30 | 90 | 20 | 30 |
| 1 | 50 | 55 | 12 | 22 | 55 | 12 | 22 |
| 20 | 25 | 24 | 8 | 15 | 480 | 160 | 300 |
| 25 | 20 | 18 | 8 | 12 | 450 | 200 | 300 |
| 50 | 10 | 9 | 4 | 6 | 450 | 200 | 300 |
| 200 | 6 | 6 | 2 | 3 | 1200 | 400 | 600 |
| 400 | 5 $\frac{1}{3}$ | 5 | 2 | 3 | 2000 | 800 | 1200 |
| 800 | 3 $\frac{1}{3}$ | 3 | 2 | 1 | 2400 | 1600 | 800 |
| 1500 | 2 $\frac{2}{3}$ | 3 | — | 2 | 4500 | — | 3000 |
| 3000 | 2 | 2 | — | 2 | 6000 | — | 6000 |
| 6000 | — | — | — | — | 17990 | 3522 | 12737 |

Bei dieser Vertheilung ist mit Rücksicht auf die im Theater-Gebäude vorhandenen Plätze verfahren. Es steht
jedoch jedem Inhaber von Bons frei, sich für den Werth derselben andere ihm beliebige, zur Verloofung gekommene
Plätze zu wählen. — Das Umtauschen der Bons gegen Entreebillets findet im Theater-Bureau Morgens von 9 bis
12 Uhr und Nachmittags von 2 — 4 Uhr statt. An der Abendkasse können die Bons der nöthigen Controle wegen
nicht angenommen werden. — Die eingetauschten Billets sind nur für den Tag gültig, an welchem sie gelöst werden.
— Die Inhaber der Bons können diese zu jeder beliebigen Abonnements-Vorstellung während der Dauer des Abon-
nements, also vom incl. 16. Juni bis incl. 30. September d. J., verwenden, soweit die Plätze für jede Vorstellung
ausreichen. Bei zu großem Andrang wird natürlich für baldigste Wiederholung des betreffenden Stückes Sorge getra-
gen werden. — Sollten wegen (des Honorars) bedeutender Gäste Vorstellungen außer Abonnement gegeben werden
müssen, so ist den Abonnenten von 3 Vorstellungen jedesmal eine im Abonnement zugesichert. — Die Ziehung der
Gewinne von 2 $\frac{2}{3}$ Rthlr. an aufwärts findet an drei Abenden nach einander im Theater in Verbindung mit einer
Vorstellung statt. — Die eingegangenen Gelder werden zur Sicherstellung der Abonnenten in der königl. Bank depo-
nirt und in gleichen Raten vor dem 1. und 16. jeden Monats (den Sagnetagen) erhoben, die betreffenden Depositen-
scheine aber der löbl. Polizei- oder einer andern von der königl. Regierung zu bestimmenden Behörde zur einzelnen
Auslieferung vor den Sagnetagen an den Verwaltungsausschuß übergeben.

Breslau, den 1. Juni 1848.

W. Altmann's Anstalt zur Aufnahme von Knaben außer der Schulzeit,
Herrnstr. (Privatunterrichts- und Erziehungsanstalt) Nr. 20,

empfiehlt sich hiermit besonders in Rücksicht auf die bevorstehenden Ferien der geeigneten
Beachtung aller der Eltern, welchen Verhältnisse nicht gestatten, sich der häuslichen Beauf-
sichtigung ihrer Söhne gehörig zu unterziehen.

Ausführliche Prospekte werden auf Verlangen jederzeit verabreicht.

Die constituirte Waldenburger Färberversammlung an die schlesischen Färber.

Collegen und Brüder! Den Wahlspruch beherzigend: Einigkeit macht kräftig und
vereinigte Kraft führt zum Ziele, sind eine große Anzahl Färber aus unserm Gebirge, fol-
gend einem an sie ergangenen Aufrufe, heute hier erschienen und haben sich dieselben zu
einer förmlichen Versammlung constituirt, in welcher Eigenschaft sie an Euch alle die brü-
derliche und collegialische Bitte richten: sich unserm Vereine innig anzuschließen. Wir wol-
len das wahre Wohl eines jeden Färbers und haben, dieses Ziel anstrebbend, bereits diejeni-
gen Fragen, welche nach unsern beschränkten Ansichten Lebensfragen für unsern Stand sind,
ins Auge gefaßt und drei verschiedenen Abtheilungen zur Bearbeitung überwiesen, welche
ihre Arbeiten in einer auf

den 14ten d. M. — Mittwochs — Punkt 1 Uhr Mittags

hier selbst im Gasthose des Herrn Hauff anberaumten Sitzung vorlegen werden; und bit-
ten wir daher auch alle unsere Collegen und Brüder, uns zu dieser zweiten Versammlung
mit Ihrer werthen Gegenwart beehren zu wollen, um das wichtige Werk fördern zu helfen.
Am 5. Juni 1848.

Die constituirte Waldenburger Färberversammlung.
Carl Fischer, Vorsigender. Dertel, Schriftführer.

Weiß-Garten.

Heute Freitag den 9. Juni Großes
Doppel-Konzert,
arrangirt von
der **Breslauer Musikgesellschaft.**
Morgen Sonnabend den 10. Juni
Italienische Nacht.
Näheres besagen am Tage die Zettel.

Liebig's Garten,

heute, den 9. Juni, großes
Militär-Concert
und **Brillant-Beleuchtung.**

In Gorkau

Sonntag den 11. Juni (am ersten Pfingst-
feiertage) **großes Concert.**
W. Schmidt.

Mozarts und Haydn's Quartetten, à 5 Sg.
weist nach: der Wagenbauer Dotterweich,
Weidenstraße Nr. 33.

Bei **Wilh. Gottl. Korn** in **Breslau**, **Schweidnitzer-Strasse Nr. 47**, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Schlesische Instanzen-Notiz.

Für die Jahre 1848/49.

Geheftet. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Bei **B. S. Berendsohn** in **Hamburg** erschien so eben und ist in der Buchhandlung von **G. P. Aderholz** in **Breslau** (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53), **Theobald Densel** in **Leobschütz**, **Heinrich** in **Neustadt** und **Koblich** in **Reichenbach** zu haben:

Die Februar-Revolution in Paris,

oder Charakterzüge und Begebenheiten aus den denkwürdigen Tagen vom 22sten bis 24. Februar des Jahres 1848.

Von einem Augenzeugen.

In Umschlag geheftet. Preis 4 Sgr.

Bei **Julius Koffka** in **Leipzig** erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen, in **Breslau** bei **M. Schulz u. Comp.**, **Altbißerstraße Nr. 10** an der **Magdalenen-Kirche**, zu haben:

Die enthüllte Zukunft.

Göttliche Offenbarungen durch ein 17jähriges Mädchen in **Marzeiue**, welches im Jahre 1837, im Zustande des Hellschens, alle Ereignisse bis zum Jahre 1868 klar und deutlich sah und berichtete. Mitgetheilt von ihrem Vater **Charles Dufort**, Bürger in **Marzillu**. Aus dem Französischen von **Dr. S. Bauer**. Preis 3 Sgr.

Unter dem Titel:

Neue Preussische Zeitung

erscheint vom 1. Juli d. J. ab in **Berlin** ein großes politisches Tagesblatt von zugleich lokalem Charakter, welches — wie die binnen 14 Tagen auszugebenden Probenummern das Nähere darlegen werden — sich die Aufgabe stellt: von dem Boden des gegebenen Rechtes aus überall die Interessen der Freiheit, der Ordnung und der Wahrheit gegen Enststellung, revolutionäre Anarchie und Terrorismus zu vertreten.

Die **Neue Preussische Zeitung** erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, des Abends um 5 Uhr in 1 bis 1½ Bogen Groß-Folio. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich für **Berlin** 1 Rthlr. 15 Sgr., für die Provinzen 2 Rthlr. incl. Stempel und Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postämtern angenommen. Mittheilungen bittet man an die Expedition, **Drauerstraße Nr. 5**, zu richten, wo auch Annoncen — der Raum einer dreispaltigen Zeile mit 1¼ Sgr. berechnet — entgegen genommen werden.

Der Redakteur **Wagener**.

Die Deutsche Reichstags-Zeitung,

herausgegeben von **Hob. Blum**, **J. G. Günther** und **Dr. W. Schaffrath**, erscheint, Sonntags ausgenommen, täglich in meinem Verlage und ist im künftl. Thurn- und Taxis'schen Postgebiete für das Vierteljahr zu 1 Fl. 30 Kr. zu beziehen. **Frankfurt a. M.**, den 20. Mai 1848. **Gustav Dehler**.

Balsamische Bäder in Humboldts Lu bei Katholisch-Saumer.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse mehr oder minder gebieten sich von der Größe einer Ausgabe zu vergewissern, so haben wir eine genaue Uebersicht der Kosten eines vierwöchentlichen Aufenthalts und Gebrauchs der Bäder in **Humboldts Lu** zur Verfügung gestellt:

Büttnerstraße Nr. 31 im Comtoir,

bei Herrn **Dr. med. Stahr** in **Trebnitz**,
bei der **Bade-Inspektion** in **Humboldts Lu**.

Wir dürfen bei der Billigkeit und dem so günstigen Erfolge der Bäder auf zahlreichen Besuch rechnen.

Breslau, den 8. Juni 1848.

Direktorium der Waldwollfabrik.

Für Kaufleute und Rübenzucker-Fabrikanten.

Einem bekannten Handlungsbaue, welches durch die unglücklichen Zeitverhältnisse gestürzt worden, ist es vor einigen Jahren gelungen, vom Werksführer der kaiserl. österreichischen Tabakfabrik zu **Winiak** die Original-Bereitungs-Methode der beliebten kaiserlichen Tabake, namentlich des **Albanier**, **Sedlitzer**, um eine bedeutende Summe kennen zu lernen und diese Sorten genau wie die echten anzufertigen. Ebenso kennt das angegebene Haus die Bereitungs-methode des **Doppel-Mops**, **Katचितोके**, **Reising** etc. genau und besitzt ferner die Reizen für Blätter zur Cigarren-Fabrikation, sowie eine Abschrift des, den **Rübenzucker-Fabrikanten** dem **Namen nach bekannten Dr. J. J. Verfarrens**, um 14 bis 16 pCt. Zucker zu gewinnen, so wie der **Knochenbrennerei**.

Hierauf Reflektirende, welche diese Mittheilungen nur für sich benützen wollen, erhalten dieselben gegen ein Honorar von 2 Friedrichsd'or durch die Herren **Gras**, **Barth u. Comp.** in **Breslau**; Kaufleute, denen nur mit den Tabak Anweisungen gebient ist, erhalten solche für 1 Kr. d'or und ist als Anhang, die Fabrikation eines feinen Rums auf kaltem Wege beigegeben.

Den Herren Maurer- und Zimmermeistern

des Regierungsbezirks sind gewiß die, unsere Verhältnisse brührenden Mängel der Jetztzeit so genügend bekannt, daß sie eine allgemeine Besprechung zu Befriedigung derselben wünschenswerth finden werden. Um nun eine solche möglichst im Mittelpunkt des Bezirks halten zu können, schlagen die Unterzeichneten eine Konferenz vor, welche **Sonntag den 18. Juni in der Brauerei zu Grödigberg, Vormittags 10 Uhr** gehalten werde, und laden alle diejenigen Herren Werkmeister hierzu ein, welche gewonnen sind, sich dem Verein anzuschließen, bevor sie durch spätere doch erfolgende Gesetze hierzu angehalten werden. **Liegnitz**, 7. Juni 1848.

Das Maurer- und Zimmer-Gewerk.

Im Auftrage:

Mohrenberg, Maurermeister. **Schmaller**, Zimmermeister.

Seidene, Strohe-, Kophaar-Vorten-Hüte und Hauben im neuesten Geschmack zu möglichst billigen Preisen, empfiehlt ergebenst:

Die Damerpuß-Handlung Emilie Winckler,

Ring Nr. 30 im alten Rathhause.

Bad an der Phönix-Mühle,

neue Sandstraße Nr. 8.

Das große Bassin für Herren mit vorzüglicher Strömung und drei Douchen wird zu stütiger Benutzung hiermit ergebenst empfohlen.

Zum Extra-Zuge nach Freiburg,

am zweiten Pfingstfeiertage, sind die Billets nur bis Sonnabend den 10. Juni Morgens 10 Uhr zu haben beim Schloßmeister **H. Müller**, **Oberstraße Nr. 5**, und beim Schloßmeister **M. Kneis**, **Hummeri Nr. 15**.

Bekanntmachung.

Wenn wir, gegen unsere Gewohnheit, in diesem Jahre bekannt machen, daß das hiesige Seebad vom 20. Juni d. J. ab vollständig eröffnet sein wird, so geschieht dieses nicht, um Letzteres anzupreisen. Dessen bedarf es nicht, weil die hiesigen Badeanstalten sich seit Jahren des ungetheilten Beifalls aller Derjenigen erfreuen, welche unseren freundlichen und geselligen Ort besucht haben. Wohl aber steht zu befürchten, daß der noch dauernde Blockadezustand des hiesigen Hafens und die vielfach daran geknüpften ängstlichen Besorgnisse manchen langjährigen Gast uns entfremden werden. Wir halten es daher für unsere Pflicht, wahrheitsgemäß zu versichern, daß die Blockade zwar die Schifffahrt, den Handel und alle damit in Verbindung stehende Gewerbe wesentlich verflümmert, im Uebrigen aber die äußere Sicherheit des Orts nicht auf das entfernteste in Frage stellt. Kommt hierzu noch, daß, ungeachtet der die materiellen Interessen aller Einwohner-Klassen wesentlich beeinträchtigenden Blockade hier eine Ruhe und Ordnung herrscht, welche insbesondere denjenigen wohlthun wird, den die fast allwärts vorgekommenen inneren Unruhen auch nur entfernt berührt haben, so dürfte Swinemünde mit vollem Rechte gerade in diesem Jahre einen zahlreichen Besuch beanspruchen können.

Swinemünde, 3. Juni 1848.

Die Bade-Direction.

Badegepäck nach Warmbrunn

beforgen wir durch täglich dahin abgehende Gelegenheiten schnell und billigt, und erbitten uns solches an unsere Firma unter genauer Angabe der betreffenden Adresse mit pr. R. M. Eisenbahn zu übersenden.

Frachtgüter jeder Art, nach allen Gegenden, besonders dem schlesischen Gebirge befördern ebenfalls **M. J. Sachs u. Söhne**,

Expeditions- und Verladungsgehalt in **Piegnitz**.

Wir empfangen ununterbrochen direkt von den Quellen, alle Gattungen

natürlicher Mineral-Brunnen

und unterhalten gleichzeitig ein vollständiges Lager der **Dr. Struve und Soltmann'schen künstlichen Mineralwässer**, was wir Wiederverkäufern und Consumenten zur geneigten Beachtung hiermit ergebenst anzeigen.

F. W. Schenich u. Straß,

Neue Schweidnitzer Straße Nr. 7, nahe der Promenade.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier selbst auf der **Matthiasstraße Nr. 5** belegenen, dem **Wachbleicher** und **Kaufmann Wilhelm Eduard Härtel** gehörigen, auf 3537 Rthlr. 17 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf den

9. August 1848 Vorm. 11 Uhr vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Assessor **Fürst** in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Laxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 12. April 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit der Vorschriften des § 137 und folg. Tit. 17. Thl. I. des Allg. Landr. wird den unbekannten Gläubigern der hier selbst am 26. Januar 1848 gestorbenen verw. **Kaufmann Joachimsohn**, **Golde Rebecka**, geb. **Scheffelt**, die bevorstehende Theilung ihres Nachlasses hierdurch bekannt gemacht, mit der Aufforderung, ihre Ansprüche binnen 3 Monaten geltend zu machen, widrigenfalls sie damit nur an jeden der Erbinteressenten nach Verhältnis seines Erbtheils werden verwiesen werden.

Breslau, den 31. Mai 1848.

Königl. Stadtgericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Am 29. Mai d. J., Nachmittags, ist auf dem Neumarkt hier einer unbekannten Frau Geld aus der Tasche entwendet und ein Theil des Gestohlenen bei einer bald darauf verhafteten Mannsperson gefunden und der gedachten Frau wieder zurückgegeben worden. Letztere ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Es wird daher dieselbe hierdurch aufgefordert, sich zu ihrer Vernehmung spätestens in 8 Tagen im Verhörzimmer Nr. 4 zu melden.

Breslau, 7. Juni 1848

Königl. Inquisitoriat.

Subhastations-Patent.

Das zur **Bauer Johann Gottlieb Zahnschen** erbshastlichen Liquidations-Masse gehörige **Baugrund Nr. 7** des Hypothekenbuches von **Tillendorf**, abgeschätzt auf 5154 Rthlr. 26 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Laxe soll

am **12. Juli 1848 Vorm. 10 Uhr** an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. **Bunzlau**, den 8. Dezember 1847.

Königliches Stadt-Gericht.

Lachmund.

Von der Standesherrschaft **Ples** werden mehrere Wirthschafts-Kemter circa 28,000 Morgen Feld, Wiesen und Zeichlande in circa 13 Abtheilungen von 300 bis zu 4000 Morgen mit lebenden und todtten Inventarien auf 9 Jahr zu verpachten beabsichtigt, es ist hierzu ein Licitations-Termin den 26. Juni d. J. mit der Bedingung des Vorbehalts des Zuschlags, anberaumt, dafür Interessirende belieben sich wegen Einsicht der Bedingungen und Befichtigung der Lokalitäten bei der Dekonomie-Direktion zu melden. **Ples**, den 4. Juni 1848.

Freistandesherrliche Dekonomie-Direktion.

Ein **Kirschbaum-Nähtisch**, 1 naturbirkener Säulentisch, 2 neue Kommoden stehen **Antonienstraße Nr. 21** links billig zum Verkauf.

Ediktal-Citation.

In Sachen betreffend das Aufgebot der unbekannten Erben der am 2. April 1847 zu **Silberberg** ohne Hinterlassung einer letztwilligen Disposition verstorbenen **Wittwe Gobelein**, früher verwittweten **Lamprecht**, noch früher verwittweten **Morondoli**, **Anna**, gebornen **Heinrich**, haben wir einen Termin auf den

12. Februar 1849, Vormittags um 11 Uhr,

vor dem Herrn Ober-Landes-Gerichts-Assessor **Simon** an hiesiger Gerichtsstelle angesetzt, zu welchem die nächsten Verwandten resp. unbekannten Erben der gedachten **Wittwe Gobelein**, die Erben dieser Erben und resp. Erbnehmer hierdurch mit der Warnung vorgeladen werden, daß, wenn sich in oder vor dem anberaumten Termine Niemand meldet, oder der sich etwa Meldende sein Erbrecht nicht nachzuweisen vermag, gegen die unbekannten Erben das Präklusions-Urteil erlassen, und der Nachlaß als ein herrenloses Gut dem künftl. Fiskus in Gemäßheit des § 481 Tit. 9 Thl. I. allgemainen Landrechts zugeschlagen und ausgeantwortet werden wird.

Der Nachlaß besteht:

- 1) Aus dem um 480 Rthl. erkauften Hause Nr. 37 zu **Silberberg**, welches gegen Uebnahme einer Schuld von 100 Rthl. und Baarzahlung von noch 225 Rthl. in jährlichen Raten à 25 Rthl. von dem Schankwirth **Franz Scholz** zu **Glas** aus einem Kaufe als Eigenthum in Anspruch genommen wird;
- 2) aus einem schlesischen Pfandbriefe über 100 Rthl.;
- 3) aus einem dergleichen über 300 Rthl., welcher vom **Schlosser Feigel** zu **Glas** aus einer mündlichen und durch Uebergabe vollzogenen Schenkung in Anspruch genommen wird; und
- 4) aus einer streitigen Forderung an den **Schlosser Feigel** zu **Glas** von 55 Rthl. 8 Sgr. 8 Pf.

und es steht fast in Aussicht, daß sich solcher nur auf praeter propter 300 — 400 Rthl. feststellen wird.

Frankenstein, den 4. März 1848.

Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Der Richter:

Simon, Ober-Landes-Gerichts-Assessor.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft soll in dem bevorstehenden **Johannis-Termine** die Einzahlung der fälligen Pfandbriefszinsen den 28. und 29. Juni und deren Auszahlung an die Pfandbriefsinhaber den 30. Juni bis 4. Juli erfolgen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Frankenstein, den 19. Mai 1848.

Münsterberg-Gläsische Fürstenthums-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Es ist die Errichtung eines **Wollmarkts** in **Elbing** allerhöchsten Orts genehmigt worden und soll derselbe am 22. und 23. Juni jedes Jahres abgehalten werden. Der erste Wollmarkt in **Elbing** findet sonach am 22. und 23. Juni d. J. statt, und laden wir Verkäufer und Käufer zu zahlreichem Besuche des Marktes ergebenst ein.

Elbing, den 2. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei der Breslau-Briegischen Fürstenthums-Landschaft wird die **Auszahlung der Pfandbriefs-Interessen** in den Tagen vom 26. Juni bis einschließlich den 1. Juli d. J. von Morgens 8 Uhr bis 1 Uhr Mittags erfolgen, zu deren **Einzahlung** aber, bei welcher nur **preussische Münzsorten** und resp. **Kassen-Anweisungen** angenommen werden können, werden die Tage vom 19ten bis incl. den 24ten k. M. bestimmt.

Der gewöhnliche **halbjährliche Depo-sitaltag** wird Mittwoch den 21ten k. M. abgehalten werden, und die Eröffnung des diesjährigen **Johannis-Fürstenthums-Tages** Montag den 19. Juni stattfinden.

Breslau, den 10. Mai 1848.
Breslau-Briegisches Fürstenthums-Landschafts-Direktorium.
Graf Stosch.

Nothwendiger Verkauf.

Das Haus Nr. 264 zu Freiburg, dem Eisenbahnhofe gegenüber an der Striegau-Mattfcher Kohlenstraße gelegen, nach der in unserer Registratur einzusehenden Lage auf 6600 Rtl. geschätzt, wird den 5. Juli 1848 Vormittags 10 Uhr subhastirt.
Königl. Gerichts-Kommission zu Freiburg.

Auktion. Am 10. Juni, Nachm. 2 Uhr, werden in Nr. 42 Breitestr. Rhein-, Roth-, Ungar- und Champagner-Weine, so wie eine Partie abgelagerter Cigarren, versteigert werden.
Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion eines Flügels.
Heute Nachmittags 4 Uhr werde ich im alten Rathhause eine Treppe hoch einen **Oct. Flügel von Birkenholz** öffentlich versteigern.
Saul, Auktions-Kommissarius.

Warnung.

Ich warne hiermit, Jedem Geld oder Geldeswerth auf meinen Namen verabreichen oder auf Kredit zu geben, indem ich für nichts aufkommen werde.
Breslau, den 8. Juni 1848.
W. Wienskowiz.

Verkaufs-Anzeige.

Zwei dreistöckige Häuser in Schweidnitz, mit anständigen Wohnungen, im besten Bau-stande, sich auf 10,000 Rtl. verzinsend, mit wenig Ausgaben, die durch einen Hof verbunden sind und auf zwei frequenten Straßen liegen, welche sich zu jedem Geschäfts-Betrieb eignen, auch bedeutende Kellergelasse und gesunde Stallung auf vier Pferde haben, sind wegen nöthiger Ortsveränderung des Besitzers, sofort mit einer Anzahlung von circa 2000 Rtl., unter den annehmbarsten Bedingungen, aus freier Hand, zusammen zu verkaufen und wird ernstlichen Käufern, auf portofreie oder mündliche Nachfragen, der unterzeichnete Eigentümer nähere Auskunft geben.

F. E. Trautvetter,
Hochstraße 183, in Schweidnitz.

Mein Pensionat

für jüdische Knaben und Mädchen empfehle ich hiesigen und auswärtigen Eltern auf das Angelegentlichste. Breslau, im Juni.

Dr. Pauly,

Platz an der Königsbrücke Nr. 3 b.

Ein jüdischer geprüfter Elementar- und Religionslehrer kann hier bei einigen Familien, bei einem Gehalte von 100 Rthlr. und freier Station, ein Unterkommen finden. — Qualifizirende können ihre Anmeldungen an Unterzeichneten portofrei senden.

L. Schlesinger,
in Proskau bei Oppeln.

Ein junger Mann, welcher mit allen Theilen der Runkelrübenzucker-Fabrikation vollkommen vertraut und im Stande ist, die technische Leitung einer Fabrik zu führen, sucht eine Anstellung. Anfragen werden unter der Adresse J. T. poste rest. Breslau erbeten.

Echt grünen Blousen-Messel

so wie naturell leinen Drilling zu Beinkleidern empfiehlt zu festen Fabrik-Preisen für ein gros und en détail **Herrmann Gumpert**, Schmiedebrücke Nr. 17, zu den 4 Löwen.

Creas-Handgarn-Leinwand, wahrhaft leinen. Soda-Waschseife, beste, richtig Gewicht. Gnadenfreier Pfeffermünz-Rüchel, in Original-Schachteln. Tuschkinte, von intensiver Schwärze in Flaschen empfiehlt A. E. Mälchen, Junkernstr. 5, in Breslau.

Klosterstraße Nr. 14 sind gute Kanarienvögel billig zu verkaufen.

Schafvieh-Verkauf.

Das Dominium Beneschau, Ratiborer Kreises, hat aus einer sehr edlen vollkommen gesunden Herde 500 Stück zur Zucht ganz taugliche Muttern und 600 Stück Schöpfe, gute Wolle-träger, wegen Mangel an Raum zum Verkauf. Die Wölle davon ist voriges Jahr mit 120 Rtlr. pro Centner verkauft worden. Als Zahlung würde auch Wölle angenommen. — Aufträge werden Sonntag den 11. Juni Vormittags erbeten im Gasthose zur goldenen Gans in Breslau, Zimmer Nr. 7.

Frisches Rothwild, von Rücken und Keule das Pfund 3 Sgr. und Kochfleisch das Pfund 1 1/2 Sgr., empfiehlt der Wildhändler **Adler**, auf dem ehemaligen Fischmarkt.

Druck und Verlag von Graf, Barth und Comp.

Haus-Verkauf.

Ein im Hirschberger Thale freundlich gelegenes Haus, ganz massiv, mit Blechbedachung, 2 1/2 Stock hoch, im neueren Style erbaut (gegenwärtig werden kaufmännische Geschäfte darin betrieben), steht zu Johannis, auch sogleich zu verpachten oder zu verkaufen. Näheres ertheilt die Handlung, Stockgasse Nr. 28, in Breslau.

Feine Berliner Schmelz-Ofen sind zu verkaufen: Grünebaumbrücke Nr. 1 bei **Rich. Lobe**, und **Margarethenstraße Nr. 10.**

Verschiedene Sorten **Tauben**, abgerichtete **Singvögel** und einige kleine **Gondeln** sind zu verkaufen: Neustadt, Breitestr. 29, beim Schwimmmeister **Knauth** und in der Bade-Anstalt.

Neue englische Matjes-Seringe sehr zarter und fetter Qualität, empfiehlt a Stück 1 1/2 Sgr., 6 Stück für 7 1/2 Sgr. **Heinrich Kraniger**, Karlsplatz Nr. 3, am Pokoyhof.

Eine Landwirthschafterin, seit 16 Jahren als solche dienend, der polnischen Sprache mächtig, sucht ein Unterkommen durch den Dekonom **Jos. Delavigne**, Reherberg 13.

Zu Blousen empfehle ich ächtfarbig grünen und blauen Messel, grüne und blaue Leinwand, so wie fertige **Blousen** zu den billigsten Preisen.

Julius Henel, vorm. C. Fuchs, am Rathhause Nr. 26.

Ein Paar neusilberne Steigbügel, ein Offizierhelm, fast neu, so wie reines Kugelblei zum Verkauf: Reuschestraße Nr. 38 im Hofe bei **Müller**.

Hirschfänger

in beliebiger Auswahl sind zu den Fabrik-Preisen zu haben, so wie auch Kuppelschlösser bei **F. Delsner**, Gürtler und Neusilber-Fabrikant, Ring Nr. 49.

Frische Rehbraten

den Rücken von 1 Rtl. 15 Sgr. bis 2 Rtl. die stärksten, die Keule von 1 Rtl. 10 Sgr. bis 1 Rtl. 15 Sgr., Rothwild das Pfd. 3 Sgr. empfiehlt: **Veier**, Wildhändler, Kupfer-Schmiedestraße Nr. 16 im Keller.

Pferde-Verkauf.

Mecklenburger Reit- und Wagen-Pferde stehen zum Verkauf im Thurnhof, Nikolaivorstadt.

Pinkus.

Ein schönes **Rittergut**, höchstens 8 bis 10 Meilen von Breslau entfernt, wird gegen Anzahlung von 25000 Rtl. Hypotheken und 5000 Rtl. in baarem Geld, zu kaufen gesucht. Zu erfragen **Junkernstraße Nr. 35, 2 Treppen hoch.**

Verbesserte geruchlose **Commodités, Badewannen und Badeschüssel, Wasser- und Kohlen-Eimer** und die sehr zweckmäßigen **Schüsseln**, zur Aufbewahrung der Milch, von Zink empfiehlt: **Th. Stahl**, Klemptner-Meister, Albrechtsstr. Nr. 53, im 1. Viertel v. Ringe.

Farben, fertig zum Anstrich in Del abgerieben sind billig zu haben bei **E. C. Preuss**, Schweidnitzerstr. Nr. 6.

Ein verheiratheter Landwirth sucht eine dienstliche Anstellung. Herr Leihbibliothekar **Schlegel**, Nikolaistraße Nr. 78, hat die Güte, auf kostenfreie Anfrage Auskunft zu geben.

Ein tüchtiger Rentmeister wird verlangt. **Tralles**, Messergasse Nr. 39.

Wegen Abreise: Gold- und Silberfische d. St. 15 Sgr., eine echte schott. Wachtelhühnchen für 2 Ebr. (früher 6), Schmiedebrücke Nr. 54, im Hofe eine Stiege.

Damenkleider werden schön und auf Billigste gearbeitet bei **Fraulein Koch**, Schulbrücke Nr. 68, eine Stiege.

Ein Schlaf-Sopha ist wegen Mangel an Platz billig zu verkaufen: **Dhlauer Straße Nr. 30, 2 Stiegen.**

An Landeck's Heilquellen sind in einem, im Garten stehenden Gebäude trockene, möblirte Zimmer zu vermieten. — Näheres bei **Hübner und Sohn**, Ring Nr. 35 in Breslau.

Ein Haus mit möblirter Stube ist in dem beliebtesten Badeorte der Grafschaft Glas zu verpachten. Näheres in Breslau, Ring 35, eine Treppe, vorn heraus.

Bei **Graf, Barth u. Comp.** in Breslau u. Oppeln, so wie in Brieg bei **J. F. Ziegler** ist aus dem Verlage von G. Wasse in Quedlinburg vorrätig:

Die Krätze in zwei Tagen heilbar.

Ober: Das wahre Wesen der Krätze und die Art ihrer Verbreitung, so wie über die wichtigsten ältern und neuern Heilmethoden derselben, mit besonderer Rücksicht auf die neue englische Behandlungsweise, nach welcher sie in zwei Tagen sicher, leicht und ohne irgend nachtheilige Folgen geheilt wird. Von **Dr. R. H. Hauschild**. 8. Geh. Preis 7 1/2 Sgr.

Im Verlage von **Graf, Barth u. Comp.** in Breslau und Oppeln ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Brieg durch **J. F. Ziegler**:

Merkwürdige Begebenheiten

aus der schlesischen, brandenburgisch-preussischen Geschichte.

Von **R. J. Köfcke**,

vormals Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar in Breslau.

Dritte Auflage. 14 1/4 Bogen 7 1/2 Sgr.

Vorschriftsmäßig — (nach der Verordnung vom 15. Februar 1811 und dem Publikandum vom 13. März 1813) — angefertigte

Mühlenwaage-Tabellen,

das Exemplar zu 3 Bogen — 6 Sgr.,

sind vorrätig zu haben in der Stadt- und Universitäts-Buchdruckerei von **Graf, Barth und Comp.**, Herrenstraße Nr. 20.

S. F. Ziegler's Buchhandlung in Brieg,

Zollstraße Nr. 13,

empfehlen die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem Neuesten und Beliebtesten vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und publicistischer Zeitschriften, so wie medizinischer Journale; desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

Herren- u. Knabenhüte

empfehlen **Hübner u. Sohn**, Ring 35.

Große herrschaftliche Wohnungen

sind in dem Hause Neue Schweidnitzerstraße Nr. 3 c. zu Johannis und Michaelis zu vermieten. Näheres ist beim Haushälter und Ring Nr. 20 beim Justizkommissarius **Fischer** zu erfragen.

Die Hälfte der zweiten Etage und ein Theil der ersten sind zu vermieten: **Junkernstr. 31.**

Borwerks-Straße Nr. 31 ist noch vor dem 1. Juli zu beziehen eine Wohnung zweiter Etage, und Michaelis eine erster Etage, jede aus 4 Stuben, Entree, Küche und Beigelaß bestehend, zu jeder eine Laube mit Garten. Näheres im Hinterhause bei der Wirthin.

Zum Wollselagern

bis zum Michaelis-Wollmarkt ist ein feuer-sicheres Local Karlsstraße Nr. 38 zu vermieten. Näheres bei **Emanuel Hein**, Raschmarkt Nr. 52.

Eine möblirte Stube ist zu vermieten: **Schmiedebrücke Nr. 44, im 2. Stock.**

Eine Wohnung in der zweiten Etage, bestehend aus 4 Stuben, Entree, Küche, Keller und Boden zc. ist zu Johannis d. J. und

Eine Wohnung in der ersten Etage, aus 4 Stuben, Entree, Küche, Keller und Boden zc. bestehend, ist Dhlauerstraße Nr. 38 zu vermieten und zu Michaelis d. J. zu beziehen. Näheres beim Wirth daselbst.

Zu Johannis ist Büttnerstraße Nr. 4 die erste Etage, bestehend in 6 Zimmern nebst vielem Zubehör zu vermieten.

Taschenstr. Nr. 7, erste Etage, eine Wohnung, bald oder Michaelis beziehbar, zu vermieten; das Nähere daselbst.

Breslau, den 8. Juni 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duf. 96 1/2 Br. Rafferl. Duf. 96 1/2 Br. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Br. Poln. Court. 90 1/2 Br. Dester. Bankn. 94 1/2 Br. Staats-Sch. Sch. per 100 Rtl. 3 1/2 1/2 70 1/4 Br. Grossherz. Pos. Pfandbr. 4 1/2 86 3/4 Gld., neue 3 1/2 77 1/4 Br. Schles. Pfdbbr. à 1000 Rtl. 3 1/2 90 Br., Litt. B. à 1000 Rtl. 4 1/2 89 1/2 Br., 3 1/2 77 1/4 Br. Alte poln. Pfdbriefe 4 1/2 85 1/2 Br., neue 85 1/2 Br. Eisenbahn-Aktien: Bresl. Schweidn.-Freib. 4 1/2 74 1/4 Gld. Oberschles. Litt. A. 3 1/2 73 1/4 Gld., Litt. B. 73 1/4 Gld. Niederschles.-Märkische 3 1/2 65 1/4 Br. Köln-Mindener 3 1/2 66 1/4 Br. Friedr. Wilh.-Nordbahn 33 1/2 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Rtl. 142 1/4 Gld. Berlin 2 Rtl. 99 1/2 Br., f. S. 100 Br. Hamburg 2 Rtl. 148 1/4 Gld., f. S. 149 1/2 Gld. London 3 Rtl. 6. 22 1/2 Gld.

Coursbericht. Berlin, den 7. Juni.

Eisenbahn-Aktien: Köln-Minden 3 1/2 67 — 66 bez. u. Br., Prior. 4 1/2 78 bez. Niederschles. 3 1/2 64 1/2 Br., Prior. 5 1/2 85 Gld., Ser. III. 5 1/2 79 1/2 Gld. Oberschles. Litt. A. 3 1/2 75 1/2 — 73 bez., Litt. B. 3 1/2 75 1/2 — 72 bez. Rheinische 47 Br., Prior. 4 1/2 53 1/2 Gld. — Quittungsbogen: Nordbahn (Frd.-Wilh.) 4 1/2 34 1/2 bis 33 1/2 bez. u. Br. Posen-Stargard 4 1/2 55 bez. — Fonds- und Geld-Course: Staats-Schuld-Sch. 3 1/2 69 1/2 bez. u. Br. Sech.-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 84 etw. bez. Pos. Pfandbr. 4 1/2 86 Gld., neue 3 1/2 76 Gld. Schles. Pfandbriefe Litt. B. 3 1/2 75 1/2 etw. bez. Friedrichsd'or 113 1/2 bez. Louisd'or 112 1/2 bez. Poln. Pfandbr. 4 1/2 alte 86 bez., neue 86 bez.

Redacteur: Rimbé.